

# Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas

Von Karl Rautsky

---

---

## Inhalt

---

---

1. Raumanns Ziel. — 2. Großdeutschland. a. Österreichs Zusammenhang mit Deutschland. b. Österreichs Trennung von Deutschland. — 3. Der übernationale Großstaat in der Theorie. a. Großbetrieb und Großstaat. b. Militärische und ökonomische Gesichtspunkte. c. Erschwerungen des Handels. d. Die Gefahren der Krise. — 4. Der übernationale Großstaat in der Praxis. a. Die angelsächsischen Staaten. b. Russland. c. Österreich. — 5. Klasse und Nation. a. Die nationale Idee des Proletariats. b. Die nationale Idee der Intellektuellen. c. Die Vereinigten Staaten von Europa. d. Die nationale Idee der Kapitalisten. — 6. Nation und Sozialismus.

---

---

Stuttgart

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

1916

## Vorwort.

Die Idee, das Deutsche Reich mit Oesterreich und einigen angrenzenden Staaten zu einer höheren Einheit zusammenzufassen, beschäftigt seit einiger Zeit die Gemüther aufs lebhafteste, auch in der sozialdemokratischen Partei. Daher behandelte ich das Problem in einer längeren Artikelserie der „Neuen Zeit“ (XXXIV, 1, Nr. 14 bis 18). Zum Ausgangspunkt nahm ich das Naumannsche Buch über „Mitteleuropa“, das den Gegenstand in umfassendster Weise behandelt und auch in Parteikreisen starke Zustimmung fand.

Seit ich meine Artikel über den Gegenstand geschrieben, ist das Interesse für ihn noch gewachsen. Eine Fülle von Schriften über ein Zollbündnis und andere Formen der Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ergießt sich über den deutschen Büchermarkt. Nur die sozialdemokratische Kritik hat sich bisher außerhalb der Parteipresse kaum geäußert. Dies veranlaßt mich, meine Artikelserie jetzt als Broschüre herauszugeben, um sie auch einem Leserkreis zugänglich zu machen, der nicht in der Lage ist, die „Neue Zeit“ regelmäßig zu verfolgen.

Zu ändern habe ich für diese Ausgabe nichts gefunden. Neue Publikationen bekräftigen meine Auffassung. Namentlich gilt dies von einer Abhandlung Fr. Eulenburgs über „Die Stellung der deutschen Industrie zum wirtschaftlichen Zweibund“. Das von Herkner herausgegebene Sammelwerk über „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten“, das jene bemerkenswerte Abhandlung enthält, kam erst nach Abschluß der vorliegenden Arbeit in meine Hände und konnte daher für sie nicht mehr benützt werden.

Natürlich erhebt meine Studie nicht den Anspruch, ihr Thema zu erschöpfen. Dieses umfaßt nicht eines, sondern zahlreiche Probleme, von denen jedes ein Buch für sich erfordern würde. Die Frage Mitteleuropas ist aber nur augenblicklich von Bedeutung, in diesem Augenblick jedoch von größter Bedeutung, denn es handelt sich dabei um die Frage, in welcher Richtung das Proletariat seine Kräfte für den Frieden, den es ersehnt, einzusetzen hat.

Trotzdem braucht unsere Entscheidung keine überhastete zu sein, sie kann reiflicher Überlegung entspringen. Denn keines der einzelnen

Probleme, die mit dem geplanten Mitteleuropa zusammenhängen, ist ganz neu. Sie wurden alle schon vor dem Kriege erörtert und geprüft, und der Krieg hat uns keine neuen Einsichten darüber gebracht, so groß auch die Überraschungen waren, die er uns beschert.

Nichts komischer, als wenn man die Redensart vom „Umlernen“ auch auf die Begeisterung anwendet, die uns jetzt plötzlich für das projektierte Mitteleuropa erfassen soll. Alle die Argumente und alle die Tatsachen, auf die man sich dabei beruft, sind uns schon vor dem Kriege bekannt gewesen.

Kein Zweifel, dieser wird uns ungeheure Umwälzungen bringen. Aber das ist wahrlich keine Ursache, in unserem kritischen Mißtrauen gegenüber bürgerlichen Projekten zu erlahmen, gegen die wir schon vor dem Kriege sehr triftige Gründe vorzubringen hatten.

Dies kritische Mißtrauen wachzuhalten, zu verhindern, daß das deutsche Proletariat unbewußt in einem entscheidenden Moment seine Kräfte in den Dienst seiner Gegner stellt und seine eigenen Zwecke darüber vernachlässigt, dazu soll vorliegende Abhandlung beitragen.

Charlottenburg, 1. Februar 1916.

K. Kautsky.

## 1. Naumanns Ziel.

Schon vor dem Ausbruch des Krieges hatte man die Forderung vornehmen können, gegenüber den beiden Riesenreichen im Osten und Westen, Rußland und dem größeren Britannien müßten sich die Staaten des dazwischen liegenden Europa zu einem Gemeinwesen zusammenschließen. Der Krieg hat diese Forderung in weiten Kreisen Deutschlands wie Österreichs populär gemacht. Der Zusammenschluß wenigstens dieser beiden Reiche als Kern eines künftigen Mitteleuropa wird eifrig diskutiert.

Vielleicht ihren beredtesten Anwalt hat die Idee in dem bekannten ehemaligen Nationalsozialen Friedrich Naumann gefunden, der ihr eine recht umfangreiche Schrift gewidmet hat: »Mitteleuropa.«<sup>1</sup>

Naumann meint, es sei nachgerade Zeit, daß man sich klar darüber werde, zu welchem Zweck eigentlich der Krieg geführt werde.

Der Krieg wurde nicht begonnen, um dieses oder jenes zu erreichen. Deshalb fehlte ihm die innere Einheitsidee, und den zum Kriege aufrufenden monarchischen und ministeriellen Kundgebungen fehlte etwas Programmatisches, es fehlte eine Parole für alle Streiter von Apenrade bis Fiume. (S. 9.)

Der Krieg erschwert es sehr, dies fehlende Programm hinterdrein zu bilden:

Im Kriege werden die verantwortlichen Leiter der kämpfenden Staaten von Tagesaufgaben so umdrängt, daß sie vor lauter Arbeit kaum zum geschichtlichen Nachdenken kommen können. (S. 8.)

So scheint denn auch Naumann den jetzigen ungeheuren Krieg nicht zu jenen Katastrophen der Weltgeschichte zu rechnen, durch die alle großen Probleme gelöst werden, die sie vorfinden, so daß sie eine Basis neuen, ungestörten, fruchtbareren Schaffens herstellen. Im Gegenteil, er äußert sich in einer Weise, als werde der Krieg den Erfolg haben, die Probleme, die er vorfand, zu vermehren und zu komplizieren:

Der Krieg wird eine unglaubliche Anzahl ungelöster neu entstandener und alter Probleme hinterlassen, wird Enttäuschungen und Hoffnungen geweckt haben, die sich in weiteren Rüstungen äußern. (S. 7.)

Unter diesen Umständen erscheint es ihm zum mindesten notwendig, daß der Weltkrieg mit einem engeren Verband zwischen Deutschland und Österreich abschließt, der den Kern abgibt für ein neues Mitteleuropa, dem sich die uns umgebenden Kleinstaaten anzuschließen hätten:

Unter allen Umständen bleibt die Frage bestehen, ob die Gesandten aus Berlin, Wien und Budapest den Saal des Weltfriedenskongresses als klare, treue Freunde verlassen oder als heimliche Gegner. Wir wünschen, daß sie zu ihren Völkern heimkehren mit der Losung: Auf ewig ungeteilt. Dann bringen sie nämlich für alle etwas Wirkliches mit, eine neue, schöpferische Arbeit, eine große Hoffnung, den Anfang

<sup>1</sup> Friedrich Naumann, Mitteleuropa. Berlin, Georg Reimer. 299 Seiten. Preis 3 Mark.

einer neuen Periode. Nur in diesem Falle erscheint es den mitteleuropäischen Völkern nachträglich berechtigt, daß wir einer für den anderen unser Blut vergossen haben. Was ging uns Reichsdeutsche Serajewo an? Was suchten wir auf den Karpatenpässen? Was kümmern sich Ungarn oder Südslawen um Zeebrügge? Was haben Deutschböhmen oder Tschechen am Vogesenkamm zu verteidigen? Die ganze Kriegsgeschichte mit allen ihren Leiden und Heldentaten wird zwecklos, sinnlos, wenn der Krieg mit einem Mißverständnis der in ihm Verbundenen schließt. Dieses Mißverständnis liegt aber nicht so ferne, als mancher glaubt, denn noch ist der Geist des einheitlichen Mitteleuropas nicht eine einfache Selbstverständlichkeit, und die bevorstehenden Friedensverhandlungen werden kleine und große Gelegenheiten zu Reibungen und Trübungen in Fülle bieten. (S. 5.)

Den »Geist des einheitlichen Mitteleuropas« zu erwecken, erscheint daher Naumann als das dringendste Gebot der Stunde, und zu diesem Zwecke bietet er in dem vorliegenden Buche nicht nur sein ganzes Wissen, seinen ganzen Scharfsinn auf, sondern läßt auch seine ganze pastorale Beredsamkeit in breitestem Strome fließen. Verzückt ruft er aus:

In Poesie und Prosa, steige herauf, komme in die Höhe, Mitteleuropa! (S. 231.)

Die Poeten fleht er an, sie sollen ihm helfen in der Propaganda für Mitteleuropa; aber auch die Geschichtsprofessoren:

Geschichte der Vergangenheit, du wunderbares Chaos, du Menge der Gestalten, wir bitten dich, uns freundlich zu helfen! Wenn du willst, so kannst du alles erleichtern! Tretet hinzu, ihr kundigen Sachwalter der Historie, ihr Deuter der werdenden Geschehnisse der Völker, öffnet eure Sinne dem oft verborgenen Suchen nach dem Werden Mitteleuropas! (S. 58.)

Indes vermag Naumann auch nüchterne Prosa zu sprechen, und man muß ihm zugestehen, daß er nicht nur alle Argumente entwickelt, die von seinem Standpunkt aus für Mitteleuropa sprechen, sondern auch recht zutreffend alle die großen Schwierigkeiten bloßzulegen weiß, die sich der Verwirklichung seines Sehnsens entgegenstellen.

Er scheut nicht vor der »letzten, schwersten Frage« zurück, »ob das Donauraum überhaupt mit oder ohne Bündnis am Leben erhalten werden kann?«

Diese Frage wird in und außerhalb der schwarzgelben Grenzen tatsächlich erörtert, und wir dürfen nicht an ihr vorbeigehen, weil es ernsthafte deutsche Politiker gibt, die nur deshalb vom mitteleuropäischen Bunde nichts hören wollen, weil sie den Zerfall des bisher bundesgenössischen Doppelstaats für eine geschichtliche Unvermeidlichkeit halten, und weil es ernsthafte Deutschösterreicher und sonstige Angehörige anderer Nationen in Österreich-Ungarn gab oder gibt, die ebenso denken. (S. 23, 24.)

Naumann ist natürlich anderer Ansicht, er meint, »oft leben die Totgesagten am längsten«. Freilich erwartet er nicht, daß es in Österreich nach dem Kriege gleich ganz glatt hergehen wird:

Diese tatsächliche Einheit hätte beim Kriegsbeginn noch ganz anders zum Heile der Monarchie in die Erscheinung treten können, wenn die österreichische Regierung genügend Zuversicht gehabt hätte, um in den ersten Tagen des August 1914 das Abgeordnetenhaus nach Wien zu berufen, wie es in Berlin und Budapest geschehen ist. Die Unterlassung der Berufung des Parlaments beleuchtet mehr als alles andere die Lage im Völkerstaat. Das Parlament der streitenden Nationen ist selbst bei Kriegsbeginn kein einfach notwendiger selbstverständlicher Ausdruck des Staatswillens. So sehr hat es durch seine Vergangenheit gelitten, so schwer war es,

dort Mehrheitsgeist zu pflegen! Aber was am Kriegsbeginn aus einem wohl unnötigen Gefühl der Sorge unterblieben ist, das muß am Kriegsende nachgeholt werden, denn irgendwann müssen die Staatsfinanzen von der Volksvertretung doch auf ihre Schultern genommen werden. Es wird dann zwar viel schwieriger sein, als es im August gewesen wäre, aber am Tage des Zusammentritts des österreichischen Abgeordnetenhauses wird es sich zeigen, ob und wie der große gemeinsame Krieg mit seinen zahllosen blutigen Opfern den Staatsinn der streitenden Nationen so gefestigt hat, daß alle nun doch wieder nur Österreicher sein wollen, weil es nichts anderes mehr für sie gibt und geben kann. Es wird nach dem Kriege, wie wir hoffen, der panslawistische Traum zertreten sein, die italienischen Grenzfragen irgendwie geregelt, die alldeutschen Sonderbestrebungen übergegangen in treue Bundesgesinnung der zwei mitteleuropäischen Mächte. Wohl wird es nötig sein, nachträgliche Abrechnung mit Treulosigkeiten zu halten, und einige sehr schwere nationale Auseinandersetzungen werden sofort ausbrechen, wenn die Kanonen schweigen, aber das vergeht, die Völker selbst und der Staat bleiben. (S. 97.)

Von den nationalen Differenzen erwartet Naumann nicht den Zerfall Österreichs, immerhin jedoch eine Erschwerung der Herstellung Mitteleuropas:

Der österreichische und auch der ungarische Slawe (Tscheche, Pole, Ruthene, Slowake, Slowene, Dalmatiner) ebenso wie der ungarische Rumäne versprechen sich von vornherein von einer Verbrüderung mit den Reichsdeutschen nicht allzuviel Gutes, weil sie in ihren kommunalen und provinziellen Umgebungen meist einen unaufhörlichen Streit mit den dortigen Deutschen haben. (S. 19.)

Anders steht es mit den Ungarn und den Deutschen. Sie haben für eine politisch engere Verbindung mit dem Deutschen Reiche sehr gute Gründe. Aber ihre ökonomischen Interessen sind keineswegs die gleichen, weder auf dem inneren noch auf dem äußeren Markt. Ungarn als agrarisches Land tritt in Deutschland als Konkurrent der deutschen Agrarier auf. Und in der äußeren Politik, zum Beispiel Rumänien gegenüber, hat es andere Interessen als Deutschland. Österreich andererseits ist ein Industriestaat geworden, die deutsche Industrie sein Konkurrent.

Der deutsche Unternehmer wünscht im allgemeinen als Mensch und Deutscher den möglichst engen Anschluß an das große liebe Heimatland, aber als Geschäftsmann spricht er zuweilen: Gott behüte mich vor meinen Freunden... Oft ist die reichsdeutsche Konkurrenz die stärkste Gefahr für den österreichisch-deutschen Betrieb oder wird wenigstens so angesehen... Auch nichtdeutsche Unternehmer können von derselben Sorge erfüllt sein. (S. 21.)

Dieser Gegensatz macht sich nicht nur auf dem inneren Markte geltend:

Die österreichischen Fabrikanten ... glauben in den Balkanstaaten eine Art von ungeschriebenem Vorrecht zu besitzen und nehmen es den Reichsdeutschen übel, daß sie mit sichtbar steigendem Erfolg in den letzten Jahren vor dem Kriege ihre Waren in Rumänien, Bulgarien und auch in Serbien angeboten haben... Ohne Kolonien und fast ohne eigene wirtschaftliche Interessensphären ist Österreich doch gezwungen, Waren zu exportieren, um seine Bevölkerung nicht noch zu größerer Abwanderung zu drängen. Diese eingeschlossene, abgeschlossene Lage müssen wir Reichsdeutschen erst einmal wirklich begriffen haben, ehe wir uns über das Mißtrauen aufhalten, mit dem vielfach der Österreicher und Ungar unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik begleitet. Um es offen zu sagen: der Österreicher hat uns gegenüber in manchen Augenblicken dieselben Gefühle, die wir der englischen Weltwirtschaft gegenüber haben, eine Mischung von Hochachtung, Neid und Troß. Von solchen Imponderabilien zu reden, ist ungewöhnlich; die Zollgemeinschaftsliteratur

umgeht diese mehr unfaßbaren Dinge, aber ich bin fest überzeugt, daß ohne ganz freies Aufdecken aller Tiefen der mitteleuropäische Lebensbund nicht zustande kommt. Wir brauchen dabei nicht nur einen Händlergeist, sondern eine mißfällende schöpferische Gesinnung. Das heißt aber ins Praktische übersetzt: der Zoll- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn hat nur einen aufbauenden Sinn, wenn er sich über das beiderseitige Austauschen von Nachteilen und Vorteilen hinaus erstreckt zur gemeinsamen Regulierung der zu erhaltenden oder zu gewinnenden Außenmärkte. Trifft das nicht hinzu, so wird der Vertrag voraussichtlich ein Entfremdungsvertrag. (S. 218, 219.)

Aber noch mehr ist notwendig, soll Mitteleuropa Wurzel fassen, eine übereinstimmende Gestaltung der Steuern, der Währung, der Eisenbahnpolitik, ja sogar der Verwaltung:

Man kann die Grenzwächter nur wegnehmen, wenn man vorher oder gleichzeitig oder wenigstens bald nachher auch die übrigen Produktionsverhältnisse nach Möglichkeit ausgleicht. ... Ein gewisses Maß von Ebenmäßigkeit ist unter allen Umständen die Voraussetzung der Aufhebung der Grenzsperrre. Wenn beispielsweise die Herbeischaffung der Baumwolle für einen nordböhmischen Industriellen teurer ist als für einen sächsischen Unternehmer gleicher Art, so gewinnt bei aufgehobenem Zoll letzterer ohne weiteres einen Vorzug. Es muß also die Fracht- und Eisenbahnpolitik mit der Zollgemeinschaft Hand in Hand gehen. Oder wenn eine Aktiengesellschaft in Osterreich sehr viel mehr Steuern zahlen muß als in Preußen, so verlegen sich bei aufgehobener Grenze die österreichischen Gesellschaften, wenn es geht, nach Schlesien. Oder wenn ein österreichischer Fabrikant bei gesunkenem österreichischem Geldwert mehr in Kronen für seine von Deutschland bezogenen Halbfabrikate zahlen muß als der reichsdeutsche Konkurrent in Mark, so wird es ihm schwer fallen, mit ihm zu gleichem Preise zu verkaufen. Wenn der Oreicher wegen einer gewissen Umständlichkeit der Verwaltung erst zwei Jahre später als der Reichsdeutsche ein neues Maschinenhaus bauen darf, so genügt diese Zeit, um dem anderen einen Vorteil zu bringen. Auf diese Weise kann noch eine ganze Weile weitergeredet werden, und das Ergebnis ist: für die Oreicher paßt die Zollgemeinschaft nur, wenn sie zugleich weit mehr ist als Zollgemeinschaft. (S. 200.)

Die Zollgemeinschaft setzt also ein inniges Verhältnis der verbündeten Staaten voraus, das die Souveränität eines jeden von ihnen einengt. Dabei sind aber die verbündeten Staaten selbst wieder jeder ein Staatenbund, und Osterreich-Ungarn überdies ein recht loser Bund.

Ungarns Verkehr nach Deutschland ist »vom guten Willen der österreichischen Verkehrsverwaltung abhängig«:

Mit der bloßen Handelsgemeinschaft ohne weitere Zusatzparagraphen ist demnach dem Ungarn nicht gedient. Er wird ebenso wie der Oreicher die Annäherung in Recht und Verwaltung verlangen müssen, aber außerdem eine Garantie dafür, daß nicht Rohstoffe, Halbfabrikate oder Waren, die er aus Deutschland bezieht, unterwegs aufgehalten oder über das Notwendige hinaus verteuert werden, und ebenso dafür, daß seine Viehsendungen, Obstwagen, Trauben, Gemüsepakete, Butterfässer so schnell als möglich in Berlin sind.

Da die Ungarn auf diesem Gebiet mißtrauisch sind, so gehen sie gern einen Schritt weiter und fordern im Anschluß an frühere Zustände eigene Zwischenzollgrenzen zwischen sich und den Oreichern. ... Die Idee eines eigenen ungarischen Wirtschaftsstaats ist vorhanden, und es ist möglich, daß sie gerade durch die notwendige und unvermeidliche Erörterung der mitteleuropäischen Handelsgemeinschaft neu geweckt wird. (S. 201.)

Von dieser Idee des ungarischen Wirtschaftsstaats spricht Raumann schon vorher bei einer anderen Gelegenheit. Er sagt da:

Ohne durch Zollgrenzen von Osterreich getrennt zu sein, hat und übt Ungarn mitten im Kriege seine eigene Getreidepolitik, eigene Höchstpreise, eigene Eisenbahnpraxis, und zwar fast so, als ob zwei fremde Staaten miteinander verhandeln. Verschärft wird dieser Zustand dadurch, daß auch etwaige rumänische Zufuhren nur über Ungarn nach Wien gelangen können. Osterreich wird im gemeinsamen Kriege in fühlbarer Abhängigkeit von Ungarn gehalten. Darüber moralische Reden zu halten, hat gar keinen Zweck; die Ungarn sind zweifellos im Recht, sie bestehen auf ihrem Schein. Sie haben immer und in allen Zweifelsfragen den Standpunkt des besonderen ungarischen Wirtschaftsstaats vertreten und setzen im Kriege nur fort, was sonst ihre Ansicht und Gewohnheit war. ... Man vergießt sein Blut zusammen, setzt aber die Getreidepreise im verkaufenden Budapest absichtlich höher als im kaufenden Wien. (S. 157, 158.)

Alle diese Schwierigkeiten setzt Raumann nicht zu dem Zweck auseinander, um von der Idee der Begründung Mitteleuropas abzuschrecken. Wir haben ja gesehen, daß er alle Kräfte der Poesie und Prosa anruft, für diese Idee Propaganda zu machen, deren Durchsetzung ihm unerlässlich scheint. Nicht abschrecken sollen die Schwierigkeiten, die er darlegt, sondern nur mahnen, behutsam vorzugehen, ohne Geräusch. Die vielen entgegenstehenden Interessen sollen nicht zurückgedrängt werden durch eine unwiderstehliche Bewegung, sondern eingeschläfert dadurch, daß man in unmerklichen kleinen Schritten vorwärts geht. Es ist dieselbe Politik der »Aushöhlung«, die von einigen unserer Genossen vertreten wird, die daran verzweifeln, daß das Proletariat jemals die politische Macht erobert, und als einzig sicheren Weg seiner Befreiung den ansehen, den Kapitalisten die kapitalistische Ausbeutung unmerklich abzugewöhnen.

Es ist höchst komisch, bei Raumann zu verfolgen, wie er zuerst alles entwickelt, was Mitteleuropa bedeuten und leisten kann und soll, um dann ein Stück Mitteleuropa nach dem anderen preiszugeben, so daß wir schließlich wieder bei einem Zustand anlangen, der sich von dem bisherigen Bundesverhältnis nicht wesentlich unterscheidet.

Was Raumann zunächst herstellen will, ist nur der Wille, Mitteleuropa zu schaffen. Aus diesem Willen soll es nach und nach schriftweise entstehen in der Weise, daß man zusammenarbeitet, sich verständigt, aneinander gewöhnt, den Kreis der Materien allmählich erweitert, die man durch Verträge gemeinsam regelt.

Schon heute ist allerlei Angst vor Mitteleuropa vorhanden, und diese Angst kann zur Grube aller unserer Hoffnungen werden, wenn wir mit ihr nicht menschlich umzugehen verstehen. Es soll das Neue nicht wie ein Bergsturz kommen, es soll erscheinen wie gutes, lindes Wachstum, als Zuwachs, nicht als Zerstörung. (S. 238.)

Schon am Eingang seines Buches wendet sich Raumann dagegen, ein bestimmtes Programm für Mitteleuropa zu entwerfen, die Punkte zu bestimmen, die es zu regeln hätte:

Nichts ist für den sachkundigen Menschen leichter als die Aufzählung von zehn oder zwölf Programmpunkten. Etwa so: Gleiches Rekrutierungsgesetz; Wechselseitige Militärinspektionen; Gemeinsamer Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten; Gemeinsamer Eisenbahnbeirat, Stromverwaltung usw.; Gleichheit der Münzen und Maße; Gleiches Bank- und Handelsrecht; Gleiche Veranlagung der Militärausgaben; Gegenseitige Haftbarkeit für Staatsschulden; Gleichheit des Zolltarifs; Gemeinsamkeit der Zollerhebung; Gleicher Arbeiterschutz; Gleiches Vereinsrecht, Syndikatsrecht usw.

So kann man noch eine ganze Weile fortfahren, aber es hat keinen Sinn, denn im wirklichen Leben treten die Fragen nacheinander auf, und niemand kann ihre Reihenfolge und Auswahl vorher wissen. Schon bei politischen Parteien ist der programmatische Katalog von Forderungen oft mehr eine Schwäche als eine Stärke, weil durch die Kataloge einerseits Menschen abgeschreckt werden, die gerade einen der aufgezählten Punkte nicht vertragen, dafür aber einen anderen lebhaft vermessen, und andererseits, weil die Parteiführer sich selbst unnötig die Hände binden und oft gar nicht leisten können, was sie unterschrieben haben. Sie wollen und sollen von Fall zu Fall nach ihren Taten beurteilt werden und sollen Schritt für Schritt nach bestem Wissen die der Partei gemeinsamen Ideale und Lebensziele verwirklichen. Diese praktische, aus der Erfahrung stammende Auffassung der Partei gilt in noch höherem Maße vom Staate. (S. 29, 30.)

Wenn Naumann hier vom Staate spricht, so meint er wohl die Regierung. Ein Staat hat natürlich kein Programm. Naumanns Gedanke ist der: Einer Regierung kann ein festes Programm noch unbequemer werden als einem Oppositionsmann, da man von ihr noch weit eher verlangen wird, daß sie hält, was sie verspricht. Unzweifelhaft ist es »praktischer«, sich nicht »die Hände zu binden«, es fragt sich bloß, für wen, für den einzelnen Politiker oder für seine Partei und sein Gemeinwesen. Eines zeigen Naumanns Ausführungen deutlich: Mitteleuropa soll nicht aus dem Kriege als fertiges Gebilde hervorgehen, wie das Deutsche Reich aus dem Kriege von 1870. Es soll nicht jetzt geschaffen werden, solange der Krieg noch alle überkommenen Verhältnisse in Fluß erhält, sondern zuerst sollen sie wieder die relative Starrheit des Friedenszustandes erlangt haben, ehe wir daran gehen, »von Fall zu Fall« ein Schriftchen nach dem anderen in der Richtung auf Mitteleuropa zu machen.

Naumann hat sicher darin recht, daß die Schwierigkeiten augenblicklich zu groß sind, um überwunden werden zu können. Aber glaubt er, sie würden sich mindern, wenn er ihre Überwindung hinauschiebt? Das wäre doch nur dann der Fall, wenn die soziale Entwicklung daran arbeitete, die Widerstände und Gegensätze der Interessen zu mindern, an denen die sofortige Herstellung Mitteleuropas scheitert. Diese Annahme kommt ihm aber gar nicht in den Sinn. Sie fände auch nirgends eine Stütze. Seine Zuversicht beruht einzig auf der Erwartung, daß dieselben Interessen, die einander entgegenstehen, wenn Mitteleuropa sofort verwirklicht werden soll, einträchtig zusammenarbeiten und sich allmählich einander annähern, wenn man nur langsam vorwärts geht. Wie aber, wenn sich die Interessen »von Fall zu Fall« ebensowenig verständigen können wie »programmatisch«?

Die Schwierigkeiten, die Naumann dargelegt hat, sind alles Schwierigkeiten »von Fall zu Fall«.

Vermag er nicht in der Masse der Bevölkerung für Mitteleuropa eine hochgehende Begeisterung zu erwecken, die stark genug ist, der einzelnen Sonderinteressen Herr zu werden, dann sind die Aussichten auf Verwirklichung dieses Gebildes sehr trübe. Begeisterung kann aber stets nur durch ein weitgehendes, bestimmtes Programm, nicht durch eine vage Aussicht auf Verständigungen von Fall zu Fall erregt werden.

Ein Politiker verzichtet auf ein Programm nur dann, wenn er der offenen Darlegung seines wirklichen Strebens keine Zugkraft zufräut. Auch das ist eine »praktische, aus der Erfahrung stammende Auffassung«.

## 2. Großdeutschland.

### a. Österreichs Zusammenhang mit Deutschland.

Welche Stellung hat nun die Sozialdemokratie zu den mitteleuropäischen Plänen zu nehmen? Damit, daß keine Aussicht besteht, jenes neue Staatsgebilde in absehbarer Zeit zu schaffen, ist die Frage noch nicht erledigt. Unsere Partei fordert auch manches, dessen Verwirklichung sie nicht unmittelbar zu erwarten hat. Und wenn schon nicht gleich der mitteleuropäische Staatenbund uns winkt, so haben wir doch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß »von Fall zu Fall« Vorschläge auftauchen, die in seiner Richtung liegen. Wie haben wir uns zu solchen zu verhalten?

Unser Charakter als internationale und demokratische Partei weist uns bereits unseren Weg. Wir müssen jede Niederlegung von Schranken zwischen Völkern und Staaten freudig begrüßen und unterstützen, wenn sie ohne Verletzung der Demokratie und nicht zu dem Zwecke vor sich geht, den Aufbau anderer Schranken zwischen Völkern und Staaten herbeizuführen.

Die Herstellung Mitteleuropas wäre ein sehr zweifelhafter Fortschritt, wenn sie zu dem Zwecke geschähe, den Gegensatz der Zentralmächte zu ihren Nachbarn nach dem Kriege aufrechtzuhalten oder gar zu verschärfen. Wenn, um das bekannte Clausewitzsche Wort umzudrehen, Mitteleuropa die Aufgabe hätte, die Kriegspolitik im Frieden mit anderen Mitteln fortzusetzen.<sup>2</sup>

Daraufhin muß man sich die Herren Mitteleuropäer sehr genau ansehen.

Naumann hält die Bildung Mitteleuropas für notwendig, weil heutzutage nur noch Staatskolosse eine selbständige Politik treiben können.

Wer unverbündet ist, ist isoliert; wer isoliert ist, ist gefährdet. In dieser heraufziehenden Geschichtsperiode der Staatenverbände und Massenstaaten ist Preußen zu klein und Deutschland zu klein und Österreich zu klein und Ungarn zu klein. (S. 4.)

Später erörtert Naumann die Frage, ob Deutschland nicht Rußland näher treten könnte.

Nehmen wir den dauernden Vertrag mit Rußland. Er ist wirtschaftlich vollglänzender Aussicht, denn er eröffnet unserer Industrie einen Absatzmarkt ersten Ranges, nachdem in den vergangenen zwei Jahrzehnten die dann verlorenen französischen Milliarden die erste Überwindung russischen Wirtschaftslebens besorgt haben. So wie die Dinge heute liegen, ergänzen sich die russische und die deutsche Wirtschaft fabelhaft gut.

Aber »wir verkaufen dann unsere selbständige politische Zukunft... wir werden westliches Anhangsvolk der östlichen Macht, sicher kein unbeachtliches, aber auch kein führendes. Wir decken mit unserem guten Namen die russische üble Wirtschaft... Unsere Kulturgefühle sträuben sich dagegen... Nie! Lieber klein und allein als russisch!« (S. 175.)

<sup>2</sup> Dieser Passus war bereits gesagt, da sehe ich, daß Silberding in seiner Besprechung des Naumannschen Buches im »Kampf« (Heft 11, 12, 1915), betitelt »Europäer und Mitteleuropäer«, schon die gleiche Wendung gebraucht und sagt, die Herstellung Mitteleuropas wäre das beste Mittel, »einen Frieden zu schaffen, der nur die Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln wäre«. Indessen begegnen wir uns nicht bloß in dieser Wendung. In allen wesentlichen Punkten kommen wir zu den gleichen Ergebnissen. Seine Darlegungen, die mehr die ökonomische Seite behandeln, bilden eine willkommene und glückliche Bestätigung und Ergänzung der meinigen.

Will Naumann damit bloß sagen, daß er jede Solidarität mit der »üblen Wirtschaft« des zarischen Absolutismus ablehnt? Aber wie, wenn der Krieg ein neues Rußland schüfe? Er hat den Absolutismus sicher aufs tiefste erschüttert. Dessen Prestige ist dahin. Endet der Krieg, wie zu erwarten, ohne Vorteile für Rußland, dann bringt das ungeheure Elend, das er nach sich zieht, einen revolutionären Sturm, der, wie immer er enden möge, sicher nicht folgenlos bleibt. Sehen wir nun von weitergehenden Erwartungen ab. Nehmen wir nur an, Rußland werde nach dem Kriege ein liberaler Staat. Welcher Grund besteht dann für Naumann, sich einem herzlichen Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland zu widersetzen?

Auf der anderen Seite England.

Gefühlmäßig ist es für uns trotz aller Haßgesänge des Krieges leichter, sich den Dauerverband mit der englischen Weltmacht zu denken. Wir werden dann, wie es einer meiner Freunde ausdrückt, junior partners des englischen Weltreiches, liefern ihm Prokuristen und Clerks, bauen Schiffe und schicken Lehrer in die Kolonien, versorgen englisch-internationale Stapelplätze mit fleißig gearbeiteten und wohlbezahlten deutschen Waren, sprechen außerhalb unserer vier Pfähle Englisch, freuen uns des englischen Internationalismus und schlagen künftig englische Schlachten gegen Rußland. Unsere Kriegsflotte und Unterseeboote haben dann keinen eigenen deutschen Zweck mehr, denn wer sollte die englische Seemacht noch angreifen wollen, wenn wir uns vor ihr gebeugt haben? Es würde das alles nach englischer Art in durchaus anständigen und angenehmen Formen geregelt werden, aber unsere reichsdeutsche Geschichte ist dann zur Territorialgeschichte geworden, wie heute die Geschichte von Sachsen oder Württemberg. Auch so etwas tut ein großes Volk nur, wenn ihm nichts anderes übrig bleibt. Wir wissen, daß die allermeisten Nationen der Erbkugel gar nichts anderes tun können, als einen solchen Anschluß nach der einen oder andern Seite zu suchen, aber uns lockt auf Grund unserer Kraft und Erlebnisse ein größeres Ziel: selber Mittelpunkt zu werden. (S. 176.)

Also Naumann fürchtet von einem Abkommen mit England durchaus keine Gefährdung der Industrie Deutschlands. Im Gegenteil, er gibt zu, daß es »handelspolitisch manches für sich haben mag«. (S. 56.)

Er ist trotzdem dagegen. Einmal deswegen, weil die deutsche Kriegsflotte dann keinen deutschen Zweck mehr hätte. Indes könnte das doch nur deshalb eintreten, weil Deutschland zur See in keiner Weise mehr bedroht wäre, weil der »deutsche Zweck«, dem die deutsche Kriegsflotte zu dienen hat, friedlich, ohne jegliches Opfer, mit Vorteil für die ökonomische Entwicklung des Landes erreicht wäre. Man sollte meinen, daß das in eindringlichster Weise für und nicht gegen das Abkommen spräche.

Aber werden wir dann nicht »englische Schlachten gegen Rußland schlagen« müssen? Merkwürdig, daß Naumann sich die Annäherung zweier Völker aneinander nur als Mittel zu dem Zwecke vorstellen kann, ein drittes niederzuschlagen. Und dann — warum würde ein Bündnis nur Deutschland verpflichten, englische Schlachten, und nicht England, deutsche Schlachten zu schlagen? Bei einem Bündnis werden beide Teile gleich unfrei, aber zu einem bestimmten, gemeinsamen Zwecke. Allerdings, wenn von zwei verbündeten Regierungen die eine der anderen intellektuell überlegen ist, vermag jene diese zu überbügeln und ihren Sonderzwecken dienlich zu machen. Aber vor dieser Gefahr ist kein Bündnis frei; dies spräche nicht gegen ein Bündnis mit England, sondern gegen jedes Bündnis überhaupt. Oder schätzt Nau-

mann gerade die Intelligenz der englischen Regierungen so überragend hoch ein? Doch sicher nicht.

Nein, es ist etwas anderes, was ihn gegen eine Annäherung an England oder Rußland einnimmt: Deutschland fände in jedem der beiden Staaten einen gleich starken Partner, mit dem es sich auf dem Fuße der Gleichheit zu verständigen hätte. Ihn lockt aber »auf Grund unserer Kraft und unserer Erlebnisse ein größeres Ziel: selber Mittelpunkt zu werden«.

Das wird an einer anderen Stelle in folgender Weise illustriert:

Ein eigener Weg ist (für das Deutsche Reich) nur mit Österreich zusammen möglich. Und wie steht es auf österreichisch-ungarischer Seite?

Wer es ernstlich versucht, sich in die Geschichtsgefühle der Doppelmonarchie hineinzudenken, der wird ohne weiteres verstehen, daß dort die feste Bindung an das preußisch-deutsche Reich als ein sehr ernster Schritt betrachtet wird, denn er enthält bei aller notwendigen Rücksicht auf eigene Selbstbestimmung doch ohne Zweifel eine Bindung, die unter Umständen schwer zu tragen sein mag. Um es ganz rückhaltlos zu sagen: Österreich-Ungarn unterschreibt endgültig die im Jahre 1866 erfolgte Verlegung des Schwergewichts. Es verzichtet darauf, nochmals wieder wie in alten glänzenden Tagen die erste herrschende mitteleuropäische Macht zu sein. Es ist das keine formelle Abhängigkeit, keine Schmälerung der Souveränität, kein Aufgeben der ererbten Macht, aber doch eine tatsächliche Anerkennung des vorhandenen Kräfteverhältnisses. . . . Hier muß als Ergebnis der bisherigen Geschichte formuliert werden, daß durch die Bismarcksche Reichsgründung und ihre Bewährung im Weltkrieg eine Lage geschaffen ist, bei der in Mitteleuropa das Deutsche Reich an Volkszahl, Militärkraft und Einheitslichkeit zum ersten der zwei führenden Staaten geworden ist. Diese Lage ist da, sie ist nichts Neues mehr, aber allerdings ist es für Österreich-Ungarn ein Entschluß, zu dieser Wirklichkeit auch staatsrechtlich sich zu bekennen.

Es ist selbstverständlich, daß man auch auf österreichisch-ungarischer Seite alle andern Möglichkeiten prüft, ehe man sich für den Dauerverband Mitteleuropa entscheidet. Darüber ist schon einiges gesagt worden, aber es scheint nötig, hier beim Ueberblick über die vergangene Geschichte nochmals festzustellen, daß Österreich-Ungarn für sich allein nicht in der Welt bestehen kann, weil es einem gleichzeitigen Ansturm gegen seine verschiedenen Grenzen nicht gewachsen ist, und daß es keinen andern natürlichen Bundesgenossen hat als das Deutsche Reich. . . . Noch sicherer als der Satz, daß das Deutsche Reich den Bund mit Österreich-Ungarn braucht, ist der umgekehrte Satz, daß Österreich-Ungarn auf Gedeih und Verderb mit dem Deutschen Reich zusammengekoppelt ist. Es ist! Man löse dieses Band, und der Balkan rollt (sie!) nach Norden! Man löse es, und die Deutschösterreicher verlieren ihren Hals in der Doppelmonarchie! Österreich-Ungarn kann im Verband sich alle Klauseln und Sicherheiten ausmachen und soll es tun, aber den Verband selber wird es nicht hindern können, auch wenn es wollte. Das ist die Sprache der vergangenen Geschichte, denn Mitteleuropa entstand in erster Linie durch p r e u ß i s c h e S i e g e, besonders im Jahre 1870. (S. 57, 58.)

Vom Standpunkt des deutschen Imperialismus ist die Auffassung Naumanns sehr wohl verständlich. Dagegen bietet sie keine Gründe, die einen Sozialdemokraten zu veranlassen hätten, nach dem Kriege die Herstellung eines engeren freundschaftlichen Verhältnisses mit England oder einem eventuellen liberalen Rußland weniger eifrig zu betreiben als die Herstellung Mitteleuropas.

Dabei soll jedoch nicht geleugnet werden, daß zwischen einem großen Teil der Bevölkerung Deutschlands und Österreichs engere Beziehungen bestehen wie zu irgendeinem der Nachbarländer, Beziehungen, die auch für die So-

zialdemokratie Bedeutung haben, da sie nicht den Bedürfnissen der Machtpolitik entspringen, sondern ein Ergebnis lebhaften Verkehrs sind, den vor allem die Sprachgemeinschaft begünstigt.

Die Idee, daß etwaige Rassengemeinschaft ein verbindendes Band bilde, ist eine absurde Erfindung von Schulmeistern und Belletristen. Nicht einmal das enge Verhältnis zwischen Vater und Kind wird durch Blutsbande bestimmt, sondern ist das Ergebnis sozialer Verhältnisse, ihres Zusammenlebens in der Familie. Wo dieses fehlt, wie bei unehelichen Kindern, da verstummt die »Stimme der Natur«.

Ganz anders wirkt die Gemeinschaft der Sprache, dieses feinsten und wirksamsten aller Verständigungsmittel, das erst gesellschaftliches Zusammenarbeiten ermöglicht. Sicher reicht die Gemeinschaft der Interessen und der daraus folgenden historischen Ziele einer Klasse, die sich aus verschiedenen Sprachgruppen rekrutiert, tiefer als die Sprachgemeinschaft. Aber diese wird unmittelbar ohne jedes Nachdenken empfunden, jene kann nur erkannt werden durch das Studium von Verhältnissen, die nicht immer ganz klar zutage liegen. Natürlich darf die höhere Erkenntnis sich nicht dem primitiven Empfinden beugen, aber sie muß es bei dem Abwägen von Machtverhältnissen in Rechnung ziehen.

Muß die Sozialdemokratie trachten, die Hindernisse zu überwinden, die die Verschiedenheit der Sprachen der Verständigung und dem gegenseitigen Verständnis der Völker und der Proletarier insbesondere entgegensetzt, so hat sie ebensowohl alle Ursache, zu trachten, daß die engen Beziehungen, die eine Sprachgemeinschaft schafft, nicht durch Zollgrenzen oder andere politische Trennungslinien erschwert oder gar zerrissen werden.

Darin liegt das Interesse begründet, das auch ein Sozialdemokrat für die Idee eines Mitteleuropas haben kann.

Die Sprache bildet ein Verbindungsmittel der Bevölkerung des Deutschen Reiches nicht nur mit den 12 Millionen Deutschen in Österreich-Ungarn. Des Deutschen ist fast jeder Gebildete in Österreich mächtig. Es ist dort das Mittel der Verständigung der verschiedenen Sprachstämme untereinander. Der Tscheche lernt natürlich lieber die deutsche Weltsprache als das madjarische Lokaldialekt, und ebenso zieht der Ungar das Erlernen des Deutschen dem des Tschechischen vor. Tschechen und Ungarn verständigen sich daher auch in der Regel deutsch. In der Regel. Denn mitunter zogen sie es vor, um nicht das Deutschtum zu üppig werden zu lassen, ihre für weitere Kreise außerhalb der Heimat bestimmten Publikationen französisch herauszugeben. Aber das blieben vereinzelte Experimente und Demonstrationen ohne praktische Bedeutung.

Deutsch ist aber in hohem Grade das Verständigungsmittel nicht bloß der Gebildeten, sondern auch der Händler in Österreich und war es früher mehr noch als heute. Hand in Hand damit geht ein ungemein starker Warenaustausch Österreichs mit dem Deutschen Reiche, bei dem sich allerdings, ebenso wie beim Gedankenaustausch, Österreich als der abhängige Teil zeigt.

Österreich-Ungarn führte nach Deutschland 1909 für 750, 1913 für 830 Millionen Mark Waren aus, Deutschland nach Österreich 1909 für 770, 1913 für 1100 Millionen. Aber Österreichs Ausfuhr nach Deutschland machte fast die Hälfte (40,8 Prozent) seiner Gesamtausfuhr aus, die Deutschlands nach Österreich bloß ein Zehntel (10,9 Prozent).

An Büchern führte Deutschland 1913 aus Österreich für 8 Millionen Mark ein, dahin für 26 Millionen aus.

Im Jahre 1899, für das mir zufälligerweise Detailzahlen zur Hand sind, hatte Österreichs Gesamtausfuhr von Büchern einen Wert von 12,7 Millionen Kronen, davon gingen 9,6 Millionen nach Deutschland. Es bezog aus dem Ausland für 36,5 Millionen Bücher, darunter für 33,6 Millionen aus dem Deutschen Reiche.

Bei so engem ökonomischem und geistigem Zusammenhang liegt der Gedanke eines stärkeren Zusammenschlusses von Deutschland und Österreich nahe. Und in der Tat: er war schon einmal da.

### b. Österreichs Trennung von Deutschland.

Der von 1815 bis 1866 bestehende Deutsche Bund umfaßte außer den Gebieten des heutigen Reiches (abgesehen von Elsaß-Lothringen und einigen Teilen Preußens) noch die österreichischen Bundesländer, nämlich die Alpenländer Österreichs sowie Böhmen, Mähren und Schlesien. Er zählte 1865 über 46 Millionen Einwohner, darunter über 13 Millionen Österreicher. Die übrigen Gebiete Österreichs, Galizien, Ungarn, die südslawischen Länder, die Lombardei und Venetien mit zusammen über 20 Millionen Menschen, gehörten nicht zum Deutschen Bund, standen aber doch mit ihm durch die Zugehörigkeit zur habsburgischen Monarchie in engerem Verband.

Auch der Preussische Staat gehörte nicht in seiner gesamten Ausdehnung zum Deutschen Bund. Die Provinzen Posen und Preußen waren von diesem ausgeschlossen.

Wollte man Deutschland mit den nichtdeutschen Gebieten Österreichs und Preußens als Mitteleuropa betrachten, dann wäre es am ausgedehntesten nach der dritten Teilung Polens (1795) gewesen, wo sich Preußen bis über Warschau hinaus und Österreich bis nahe daran erstreckte. Sie umfaßten damals an polnischem Gebiet zusammen über 100 000 Quadratkilometer mehr, als ihnen davon nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses blieben.

Die Schaffung Mitteleuropas würde also nicht eine Neuschöpfung bedeuten, sondern nur die Rückkehr zu einer bereits vorhanden gewesenen Form. Wieso kam es, daß sie jemals verloren gehen konnte, trotz der starken sprachlichen und ökonomischen Bande? Und bestehen die Umstände noch, die Deutschland und Österreich trennten? Von der Beantwortung dieser Frage hängen die Aussichten auf Verwirklichung Mitteleuropas in erster Linie ab.

Wenn wir die Staatenbünde der Geschichte nach ihrer Entstehung und ihrer Dauerhaftigkeit mustern, können wir zwei Gruppen unter ihnen unterscheiden: die Bünde von Republiken und die von Monarchien.

Die ersten wie die zweiten finden mannigfache Schwierigkeiten und Hemmnisse dort, wo zwischen den einzelnen Staaten bedeutende ökonomische Gegensätze bestehen. Wo solche nicht vorhanden sind, wo starke gemeinsame Interessen überwiegen, vermochten sich Republiken ohne äußeren Zwang zu dauernder Vereinigung zusammenzufinden. Die Aufhebung der Souveränität des einzelnen Staates bietet an sich keine erheblichen Schwierigkeiten, wenn der Bürger der Zentralregierung gegenüber dieselben Rechte hat, die er im Einzelstaat besaß. Die Vereinigung mit anderen Staaten nimmt ihm dann nichts an Rechten und auch nicht an Macht — wie gesagt, wenn nicht stärkere ökonomische Gegensätze zwischen den Einzelstaaten bestehen.

Anders gestaltet sich die Verbindung von Monarchien zu einem gemeinsamen Staatswesen. Mögen ihre ökonomischen Interessen noch so gleichartig sein, dadurch wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß der Monarch des Einzelstaats durch seine Verbindung mit anderen Staaten einen Teil seiner Souveränitätsrechte aufgibt. Dazu wird er sich anderen, gleich starken Monarchen gegenüber nie entschließen. Und noch weniger wird er sich bereit finden, aus freien Stücken eine neue Zentralgewalt zu schaffen, die über ihm selbst steht.

Ein Bund monarchischer Staaten hat daher bisher stets nur dort Dauer gehabt, wo der eine der Bundesstaaten die anderen so weit an Macht übertrug, daß seine Führung zu einer Selbstverständlichkeit wurde. Ein Bund gleich mächtiger Monarchien, der über eine Allianz hinausgeht und die Souveränitätsrechte der einzelnen Monarchen einschränkt, wird nur in Ausnahmefällen erreichbar und nie von Dauer sein.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren nur als Bund von Republiken möglich, ebenso der Bund der bäuerlichen und städtischen Gemeinwesen, aus dem die Eidgenossenschaft der Schweiz herauswuchs.

Aus diesem Grunde haben auch die Sozialisten der Balkanstaaten stets anerkannt, daß eine Balkanföderation, die die Balkanstaaten in einem festen größeren Bund freiwillig und dauernd zusammenhielt, nur auf republikanischer Basis möglich sei.

Das Deutsche Reich ist aus der feudalen Zeit in die des modernen Staates infolge eigenartiger Verhältnisse nicht in derselben Weise übergegangen wie die westlichen Staaten. Während in diesen eine starke zentrale Staatsgewalt die Kraft bekam, den hohen und den niederen Adel sich völlig untertan zu machen, erstarkten im Deutschen Reich eine Reihe adliger Geschlechter selbst zu absoluten Herrschern in ihren Gebieten, die dem Kaiser nur eine geringe Oberhoheit ließen. Er verdankte diese nur dem Umstand, daß er weitaus der mächtigste der deutschen Fürsten war, freilich mächtig nicht zum wenigsten durch seine außerhalb des Reiches gelegenen Besitzungen, die auch den besten Teil seiner Kraft für sich in Anspruch nahmen und dem Reich entzogen.

Die Reichsherrlichkeit wurde zu völliger Nichtigkeit reduziert, als neben dem Kaisergeschlecht der Habsburger eine Dynastie emporkam, die sich kräftig genug erwies, ihm mit Erfolg gegenüberzutreten, die Hohenzollern. Wohl blieb Österreich an Ausdehnung und Volkszahl die weitaus überwiegende Macht im Reiche, selbst wenn man bloß seine Reichsgebiete in Betracht zog. Sie umfaßten 1786 3976 Quadratmeilen mit etwa 11 Millionen Einwohnern, dagegen die Reichsgebiete Preußens nur 2180 Quadratmeilen mit 4 Millionen Einwohnern. Danach der mächtigste Staat im Reiche war Bayern mit 1064 Quadratmeilen und 2 Millionen Einwohnern. Aber das kleine Preußen hatte sich bereits nicht nur Österreich allein, sondern sogar einer Koalition gewachsen gezeigt.

Je mehr Preußen erstarkte, desto schwächer wurde im Reiche der Kaiser, desto schwächer das Reich.

In der nationalen Bewegung, die im neunzehnten Jahrhundert aufkam und ein starkes, einiges Deutschland zu schaffen suchte, bildeten sich unter diesen Umständen drei Richtungen, von denen jede in anderer Weise das Problem zu lösen suchte. Am radikalsten gingen jene Demokraten zu Werke,

die Deutschland in seinem ganzen Umfang zu erhalten und die Schwierigkeiten seiner Zusammenfassung dadurch zu lösen suchten, daß sie es in eine Republik verwandelten. Das strebten auch Marx, Engels und Lassalle ebenso an wie Welbel und Liebknecht.

Die bürgerlichen Elemente, die von der Republik nichts wissen wollten, aber doch den bestehenden Zustand unerträglich fanden, suchten die Lösung darin, daß sie an Stelle zweier rivalisierender Großmächte bloß eine, über jede Rivalität erhabene Großmacht im Reiche haben, die andere daraus verdrängen wollten. Sie verkleinerten freilich dabei das Reich, daher hießen sie die Kleindeutschen. Aber sie ersparten eine Revolution und konnten die Unterstützung der einen von ihnen auserwählten Großmacht, Preußens, gewinnen, sobald diese einen Lenker bekam, der legitimistische Bedenken zu überwinden wußte. Dieser erstand in Bismarck.

Die dritte Richtung endlich, die der monarchistischen Großdeutschen, die im wesentlichen alles beim alten lassen wollten und glaubten, durch einige Reformen die unüberwindlichen Gegensätze zusammenleimen zu können, waren teils verbohrt konservativ, teils beschränkte Illusionäre.

Da die Kräfte für die Gewinnung der Republik fehlten, setzte sich die kleindeutsche Lösung naturgemäß durch.

Was hat sich nun seitdem geändert, was es ermöglichen würde, den 1866 getanen Schritt wieder zurückzumachen? Wodurch unterscheidet sich Naumanns und seiner Freunde Mitteleuropa von dem Ziele der monarchistischen Großdeutschen vor einem halben Jahrhundert? Höchstens darin, daß es vager ist und die Bedingungen seiner Durchführung noch ungünstiger sind. Denn Österreich ist heute weit weniger ein deutscher Staat, als es noch 1866 war.

Durch die Politik der unmerklichen Aushöhlung, das heißt des Schiebens auf die lange Bank, mildern sich nicht Ansprüche und Gegensätze, die in der Natur der Dinge begründet sind.

Naumann selbst ahnt, daß er hier sehr unsicheren Boden betritt, und so ruft er seinen Freunden zu: »sachte, sachte, kein Geräusch gemacht,« als ob eine Schwierigkeit dadurch aufhörte, zu bestehen, wenn man von ihr nicht spricht! Er sagt einmal:

Aber die Stellung der Krone und der obersten Heeresleitung zur mitteleuropäischen Idee reden wir hier absichtlich nicht, weil das über den Bereich unserer Kenntnis hinausgehen und vielleicht mehr schädlich als nützlich sein würde. (S. 21.)

Merkwürdig klingen folgende Andeutungen:

Mitteleuropa wird sicherlich kein Fürstengeschick sein, sondern ein Völkerville. Die Fürsten werden, wie fast stets, das Notwendige mit mehr oder weniger Freude und innerer Anteilnahme mitmachen, aber sie von sich aus überspringen nicht leicht die mühsam festgesetzten Grenzen monarchischer Körper, wenn nicht von den Völkern aus das Herüber- und Hinüberfließen bereits mächtig zu fluten begonnen hat. (S. 230.)

Wäre Mitteleuropa Republik, so könnte vielleicht manches anders sein; aber es genügt, diesen Satz auszusprechen, um ihn als ungeschichtlich zu empfinden. (S. 260.)

Nun, so »ungeschichtlich«, um mit Naumann zu sprechen, wie die mitteleuropäische Republik ist auch Mitteleuropa, das heißt, es ist auf den zurzeit geschichtlich gegebenen Grundlagen nicht zu begründen. Jeder Versuch, über

das schon bestehende Bündnis hinaus, das ja augenblicklich nicht in Frage steht, zu einer engeren Bindung der beiden großen Zentralmächte zu gelangen, muß auf wachsende Widerstände stoßen, nicht bei uns, sondern gerade bei jenen Faktoren, auf die Naumann baut.

Die Ausfichten Mitteleuropas bessern sich nicht, wenn man die theoretische Grundlegung untersucht, auf die seine Notwendigkeit begründet wird.

### 3. Der übernationale Großstaat in der Theorie.

#### a. Großbetrieb und Großstaat.

Es ist sehr erfreulich für einen Marxisten, zu sehen, wie heute jeder Politiker seine Ziele als ein Produkt ökonomischer Notwendigkeit zu begründen sucht. Weniger erfreulich freilich die Art, in der dies zumeist geschieht.

Nach Marx ist jede Idee, die ein Zeitalter bewegt und es besonders kennzeichnet, in l e t z t e r L i n i e auf seine besonderen ökonomischen Verhältnisse zurückzuführen. Heute wird nur zu oft dies »in letzter Linie« vergessen, wird jede Idee, also auch jedes politische Ziel direkt, ohne alle Zwischenglieder, aus ökonomischen Verhältnissen abgeleitet, und überdies werden noch als »ökonomische Verhältnisse« nur die Erscheinungen der Oberfläche betrachtet, nicht ihre tiefsten Wurzeln.

Es wäre ein Wunder, wenn es bei Naumann anders wäre.

Die Ausdehnung Deutschlands dadurch, daß es der Mittelpunkt eines Riesenstaats: Mitteleuropa wird, erscheint ihm als ökonomische Notwendigkeit, weil doch der Großbetrieb einmal zur Herrschaft gekommen ist:

Der Geist des Großbetriebs und der überstaatlichen Politik hat die Politik erfaßt. (S. 4.)

Überall begegnet uns dann der Abschließungstrieb der verbündeten wachsenden Großkörper. Je geregelter die Weltwirtschaft wird, desto weniger kann ein Volk von nur 70 Millionen Menschen seinen eigenen Gang allein gehen, denn es wird in seiner Isoliertheit umstößt von den Rufen: England den Engländern, Amerika den Amerikanern, Rußland den Russen! Alle Großkörper bemühen sich, innerhalb der Weltwirtschaft für sich zu sorgen. (S. 177.)

Darum sei die Zeit des Nationalstaats überwunden und die des übernationalen Staates beginne.

Mit dieser Auffassung steht Naumann nicht allein. In unserer Partei selbst hat sie starken Anhang gefunden, und zwar auf dem rechten wie auf dem linken Flügel. In meiner Schrift über den »Nationalstaat usw.« wies ich schon auf einige Proben davon hin. Seitdem hat namentlich R. Renner die Idee sehr eingehend verfochten.

Bemerkenswert ist da auch ein Artikel der Wiener »Arbeiterzeitung« vom 21. November, betitelt: »Staaten sterben, Völker sind unsterblich«, in dem Serbiens Untergang vor allem aus seiner »Verkenning des Nationalitätsprinzips und seiner geschichtlichen Rolle« erklärt wurde.

Der Nationalstaat sei überholt durch die ökonomische Entwicklung.

Die Maße und Mittel der Staatlichkeit sind heute unendlich gewachsen. . . . Eine Sensenfabrik war damals (1809) schon bedeutend, wenn sie die Bauern eines halben Kronlandes zu Käusern hatte, ein modernes Eisenwerk benötigt, damit es sich angemessen spezialisieren kann, das Wirtschaftsgebiet eines Großstaats. Die Industrie hat sozusagen alles amerikanisiert, und das ganze außerrussische Europa

mitsamt seinen »Großstaaten« geht bequem in den Rahmen der Vereinigten Staaten. Maße und Mittel moderner Staaten gehen weit über die Siedlungssphäre kleiner Nationen hinaus, da doch den allergrößten ihre Grenzen zu eng werden. Kleinstaatliche Souveränitäten haben die Zeit gegen sich!

Diese Erkenntnis springt aus den Erfahrungen des Krieges schmerzlich hervor. In letzter Linie ist dieser Wandel der wahre Grund des furchtbaren Schicksals dreier Völker, des Schicksals Belgiens, Serbiens und der Polen, wie verschieden es sich im einzelnen gestalten möge. . . . Es ist ein arges Los, heute Kleinvolk oder Kleinstaat zu sein, ein arges Los, selbst wenn man vom Kriege verschont bleibt, wofür die Leiden der Schweiz ein Beispiel sind.

Das Neue an diesen Ausführungen ist natürlich nicht die Beobachtung, daß der Kleinere übel daran ist, wo er mit einem Größeren in Konflikt kommt. In diesem Sinne ist es nicht erst »heute ein arges Los, Kleinstaat zu sein«. Ebenso gut, wie auf das Geschick Serbiens gegenüber Österreich, konnte man etwa auf das Geschick Israels gegenüber Assyrien im achten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung hinweisen. In diesem Sinne lieferte die Geschichte schon vor zwei- bis dreitausend Jahren Argumente gegen das Nationalitätsprinzip.

Neu ist dagegen der Hinweis auf die ökonomische Entwicklung, die das stete Wachsen des Staatsumfangs fordere, weil sie das Wirtschaftsgebiet stetig erweitere.

Nun ist Wesen und Umfang eines Staates sicher von ökonomischen Bedingungen abhängig, aber so direkt und einfach ist die Beziehung nicht, daß das Wachsen des Verkehrs und der technischen Hilfsmittel auch eine stete Ausdehnung des Staatsumfangs bedingte, weil »Maße und Mittel der Staatlichkeit« wachsen.

Wirtschaftsgebiet und Staatsgebiet fallen keineswegs zusammen. Was können wir unter Wirtschaftsgebiet verstehen? Ein Gebiet, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das seinen eigenen Produktionsprozeß hat. In diesem Sinne kann man einen mittelalterlichen Fronhof oder eine Markgenossenschaft als Wirtschaftsgebiete bezeichnen. Nirgends aber beschränkt sich ein Staat auf ein einziges derartiges Gebiet. Er baut sich auf der Zusammenfassung vieler auf.

Das Wirtschaftsgebiet wird ausgedehnt durch Warenaustausch. Verschiedene, einander bisher selbst genügende Gebiete gehen dazu über, ihre Überschüsse miteinander auszutauschen. Das wird dort nicht eintreten, wo alle das gleiche, sondern nur dort, wo sie verschiedenes produzieren. Das findet bei primitiven Verhältnissen nur dort statt, wo unter verschiedenen Verhältnissen der Natur, des Bodens, des Klimas und dergleichen produziert wird. Der Austausch findet also zunächst nicht zwischen Nachbarn, sondern zwischen den Bewohnern von Gebieten, die weit auseinanderliegen, zwischen verschiedenen Gemeinwesen statt. Fast man alle Gebiete, die füreinander auf dem Wege des Warenaustauschs arbeiten, als ein Wirtschaftsgebiet auf, dann begreift dies schon in den Anfängen des Verkehrs mehrere Gemeinwesen in sich.

So fällt das Gebiet des Staates nie mit dem Wirtschaftsgebiet zusammen. Es ist entweder größer oder kleiner als dieses. Nichts irriger als die Auffassung, der Warenaustausch gehe zunächst innerhalb des Staates vor sich und überschreite erst auf einer höheren Stufe in der Form des auswär-

tigen Handels dessen Grenzen; als sei der innere Markt früher da als der äußere. Der Handel ist von vornherein Welthandel, wenn man als Welt nicht den gesamten Erdball, sondern das gesamte, den Handelnden bekannte und zugängliche Stück der Erdkugel betrachtet. Im wörtlichsten Sinne des Wortes haben wir ja auch heute noch nicht völligen Welthandel, da es immer noch im Innern Brasiliens, Afrikas, Chinas Landstriche gibt, die ihm nicht erschlossen sind.

Mit dem Wachsen der Verkehrsmittel erweitert sich der Umfang der bekannten Welt, ändert aber auch der Handel seinen Charakter, indem er immer mehr Massengüter austauscht. Dient er in seinen Anfängen vornehmlich dem Luxus, der Bereicherung und Verschönerung des Lebens, so wird er durch die Transportmittel, die dem kapitalistischen Zeitalter zu Gebote stehen, zu einer unentbehrlichen Bedingung des Produktionsprozesses und damit des Lebens selbst. Das wirkt sicher auf den Staat zurück, bewirkt aber noch nicht, daß der Kleinstaat ökonomisch seine Lebensfähigkeit verliert oder daß der Großstaat ihm darin von vornherein überlegen ist. Belgien und die Schweiz haben trotz ihrer Kleinheit eine gewaltige Industrie entwickelt, und niemand wird behaupten wollen, daß das ungeheure Rußland ihnen darin über ist.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Ausdehnung eines Staates nicht auf sein Wirtschaftsleben zurückwirkt. Die Handelspolitik eines kleinen Staates muß behutsamer sein als die eines großen. Ein Riesenstaat wie Rußland oder die Vereinigten Staaten kann sich eine Politik des Hochschußzolls ohne schwere ökonomische Schädigung erlauben, die einen Kleinstaat wie Belgien ruinieren würde. Andererseits bietet ein ausgedehnter innerer Markt für eine kapitalistische Großindustrie sicher unter sonst gleichen Umständen eine viel günstigere Basis als ein beschränkter. Das kann in einem schon bestehenden Nationalitätenstaat für die Kapitalistenklasse einer der kleineren Nationen, deren Industrie schon dem weiten inneren Markt angepaßt ist, ein starkes Motiv werden, dem Drang nach staatlicher Selbständigkeit der eigenen Nation entgegenzuwirken. Es erzeugt aber nicht das gleiche Streben in der Kapitalistenklasse eines schon bestehenden Nationalstaates, dessen Industrie auf seinen inneren Markt eingerichtet ist. Wohl ist auch sie erfüllt von dem Drang nach Ausdehnung des inneren Marktes und insofern nach Vergrößerung des Staatsgebiets, aber sie sucht dies nicht zu erreichen durch Anschluß an einen anderen kapitalistischen Staat, und am allerwenigsten als Kleinstaat an einen Großstaat. Und nur diese Form der Ausdehnung des Staatsgebiets kommt hier in Betracht, wo wir von den ökonomischen Tendenzen sprechen, die angeblich die Schaffung Mitteleuropas fordern.

Der Vorteil des inneren Marktes für die Kapitalistenklasse eines Staates besteht in der Beherrschung aller der Machtmittel in der Gesetzgebung und Verwaltung, die dem modernen Staat eine stets wachsende Bedeutung für die Entwicklung seiner Industrie verleihen. Diese Machtmittel sind sicher im Großstaat gewaltiger als im Kleinstaat, aber für die Kapitalistenklasse eines Gebiets kommt es nicht bloß darauf an, daß solche Mittel vorhanden sind, sondern auch darauf, daß sie die Herrschaft über sie besitzt. Durch die Angliederung des kleinen Staates an den großen verliert die Kapitalistenklasse des ersteren diese Herrschaft, und davon will sie nichts wissen. Trotz der Unvollkommenheit des kleinen inneren Marktes ist ihr ein kleiner Markt, den

sie völlig beherrscht, lieber als ein größerer, den ihre Konkurrenten beherrschen. Das Aufgehen des Kleinstaats in dem großen bedeutete für jenen nicht die Vergrößerung, sondern das Aufgeben seines inneren Marktes. Die Kapitalisten des Kleinstaats ziehen den Freihandel, der ihre politische Beherrschung des inneren Marktes nicht antastet, dem Aufgehen in einem Staatenbund vor, der ihrer politischen Alleinherrschaft auf dem inneren Markt ein Ende machen würde. Solange England die Vormacht des Freihandels bleibt, werden die kleinen Staaten Europas mehr nach England schielen als nach Mitteleuropa. Die ökonomische Entwicklung drängt sie durchaus nicht zum Aufgehen in einem »übernationalen Staat«.

#### b. Militärische und ökonomische Gesichtspunkte.

Natürlich mag es noch einmal dahin kommen, daß der eine oder der andere der Kleinstaaten Europas seine Existenzfähigkeit verliert. Aber auch große Staaten sind dagegen nicht gefeit, besonders dann nicht, wenn sie Nationalitätenstaaten sind.

Hier untersuchen wir jedoch nicht die besonderen Existenzbedingungen besonderer Staaten, sondern nur das angebliche Gesetz, daß die kapitalistische Produktionsweise ebenso wie dem Kleinbetrieb in der Industrie, so auch dem Kleinstaat in der Politik aus ökonomischen Gründen die Lebensfähigkeit entzieht.

Bei den Betrachtungen darüber schiebt sich unvermerkt immer wieder der militärische Gesichtspunkt an Stelle des ökonomischen. Nicht die ökonomische Entwicklung des Friedens, sondern die militärische Erfahrung des Krieges soll gegen den Kleinstaat sprechen.

Ich verzichte darauf, zu zeigen, wie dies bei Naumann zutage tritt. Hier seien nur die Äußerungen unseres Freundes in der »Arbeiterzeitung« beleuchtet. Er meint, der Krieg zeige, welch arges Los es sei, Kleinstaat zu sein, selbst wenn er vom Krieg verschont bleibe, wie die Schweiz. Daß sie unter dem Kriege leidet, ist sicher. Trotzdem scheint es, als wären die Schweizer oder Dänen oder Holländer keineswegs sehr unglücklich darüber, daß sie ihr kleinstaatliches Dasein den Anfechtungen entzieht, die die Großmächte in den Krieg hineingezogen haben. Wir werden freilich auf das »furchtbare Schicksal dreier Völker, das Schicksal Belgiens, Serbiens und der Polen« hingewiesen. Warum in diesem Zusammenhang die Polen genannt werden, erfahren wir nicht, denn die Zensur hat den hier folgenden Passus gestrichen. Indes gestattet sie in Österreich noch, dem Leser die Streichung durch einen weißen Fleck anzuzeigen. Von selbst versteht es sich nicht, wieso die Polen zeigen sollen, welch Unglück es ist, einem Kleinstaat anzugehören. Vor seiner Teilung war Polen ein Staat ungefähr so groß wie das damalige Österreich und Preußen zusammengenommen. Also an seiner Kleinheit ging es nicht zugrunde. Seitdem gehören die Polen zu drei Großstaaten, also sind ihre weiteren traurigen Schicksale sicher auch nicht in der Kleinstaaterei begründet.

Und Serbiens Geschick in dem jetzigen Kriege? Stand nicht der Schutz von vier Großmächten hinter ihm, darunter jene zwei »übernationalen« Staaten, die Naumann so sehr beschäftigen, Rußland und England? Also auch das Bündnis mit den größten Mächten schützt nicht immer vor Unheil.

Was Belgiens, Serbiens, Polens Unglück herbeiführte, war nicht ihre Kleinheit, sondern ihre geographische Lage. Gebiete, die an den

Grenzen kriegsführender Staaten liegen und dadurch zum Kriegsschauplatz werden, leiden immer furchtbar, mögen es Kleinstaaten, die als Pufferstaaten zwischen Großstaaten liegen, oder Provinzen der letzteren sein. Nicht nur die kleinen Staaten Belgien und Serbien leiden oder litten im Kriege, sondern auch der Norden des Großstaats Frankreich, die deutsche Provinz Ostpreußen, das österreichische Galizien sowie das russische Polen.

Gewiß sind »Maße und Mittel der Staatlichkeit heute unermesslich gewachsen«. Das bedeutet aber für den Krieg, daß auch der größte Staat sich militärisch nicht mehr allein zu behaupten vermag, daß ein jeder Krieg fortan immer mehr die ganze Welt in zwei feindliche Lager zu trennen strebt, wobei der »übernationale« Staat ebenso auf die Bündnispolitik angewiesen ist wie der nationale.

Naumann und seine Freunde betrachten Mitteleuropa nicht zum wenigsten unter dem Gesichtspunkt des kommenden Krieges. Sollte die Welt nochmals durch einen solchen verwüstet werden, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß er dann auch Amerika und China in den Kampf hineinzieht. Weltbünde kämen da in Betracht, denen gegenüber Mitteleuropa allein auch noch klein erschiene. Nichts wäre verhängnisvoller, als wollte man über dem Streben, selbst Mittelpunkt Mitteleuropas zu werden, es verabsäumen, sich mit der übrigen Welt gut zu stellen.

Ohne Bündnispolitik kommt im Kriegsfall kein Staat mehr aus. Nichts beweist aber, daß eine solche Politik von einem Nationalitätenstaat oder einem übernationalen Staat konsequenter und erfolgreicher betrieben werden könne als von einem Nationalstaat. Daß ein kleiner Staat ebenso in der Bündnispolitik wie in der Handelspolitik nicht immer in gleicher Weise verfahren kann wie ein großer, ist selbstverständlich. Damit ist aber noch lange nicht das Stadium des Nationalstaats als ein überholtes und lebensunfähiges erwiesen.

### c. Erschwerungen des Handels.

Bei den Erörterungen darüber laufen den Verfechtern des übernationalen Staates militärische, ökonomische und politische Gesichtspunkte in der sonderbarsten Weise durcheinander. Naumann hört Deutschland »in seiner Isoliertheit umtost von den Rufen: England den Engländern, Amerika den Amerikanern, Rußland den Russen!« (S. 177.)

Ein merkwürdiges Gehörvermögen. Der Ruf, daß ein Land dem Volk gehören solle, das es bewohnt, tauchte auf als ein Ruf der Befreiung von fremdem Joch, als Forderung politischer Selbständigkeit, als Abwehr jeder auswärtigen Einmischung. So der Ruf: Ostasien den Ostasiaten! Der Balkan den Balkanvölkern!

Über welchen Sinn hätte dieser Ruf in England, Amerika, Rußland? Daß russische Volk war wohl bisher geknechtet, aber nicht vom Ausland. Um einen Sinn zu bekommen, wandelt sich für Naumann unvermerkt die Lösung aus einer politischen in eine ökonomische. Gibt es aber irgendein staatliches Gebilde, und wäre es noch so ausgedehnt, das sich heute wirtschaftlich auf sich selbst beschränken könnte?

Naumann selbst muß zugeben, daß wir »auf dem englisch-russisch-amerikanischen Weltmarkt« unsere Arbeit immer verkaufen können«. Doch fürchtet er, Groß-England werde nach dem Kriege den »Aushungerungs-

gedanken weiter denken«. Und »wir können nichts tun gegen ihre (der mächtigeren Körper) Zollpolitik, Handelschikanen, Einfuhrbeschränkungen, Metallmonopole, Baumwolltrusts, gegen ihre Kolonialherrschaften und Erdumspannung«; darum ist »in unserer Wirtschaftszeit die reine nationale Selbständigkeitsidee kein großes Programm für Kind und Kindeskind«. »Wer nicht wächst, der verliert«, »so müssen wir das mitteleuropäische Wirtschaftsvolk ins Auge fassen«. (S. 177.)

Hier wird die russische und die amerikanische Handelspolitik mit der englischen in einen Topf geworfen, Freihandel und Hochschutzzoll gleich behandelt. Indessen könnte man ja mit der Möglichkeit rechnen, daß Englands Zollpolitik sich nach dem Kriege ändert. Aber was Naumann hier im Auge hat, ist nicht der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll, sondern eine besonders schlechte Behandlung der deutschen Einfuhr.

Warum sollte es zu einer solchen kommen? England würde sich dadurch selbst ins Fleisch schneiden. Sein Handel mit Deutschland ist größer als der mit irgendeinem anderen Staate der Welt. Es importierte 1913 aus Deutschland für 80 Millionen Pfund Sterling (über 1600 Millionen Mark) Waren und importierte dahin für 60 Millionen (über 1200 Millionen), ganz abgesehen von dem Handel mit Belgien und Holland, der auch zum großen Teil dem Handel mit Deutschland dient.

Und einen so ausgedehnten Handel sollte England zu stören beabsichtigen? Nach dem Kriege, wo es aus tausend Wunden bluten und unzähligen Handelsstörungen durch die Kriegsfolgen ausgesetzt sein wird, sollte es noch künstlich diese Störungen vermehren wollen? Und sollten russische und amerikanische Landwirte ein Interesse daran haben, die Konkurrenz, die sich deutsche und englische Industrielle in Rußland und Amerika machen, zu unterbinden und der englischen Industrie eine Monopolstellung auf dem russischen und amerikanischen Märkte zu verschaffen?

Die deutsche Handelspolitik nach dem Kriege müßte schon eine sehr ungeschickte sein, sollte sie Handelschikanen und Einfuhrbeschränkungen im Ausland finden, die sich speziell gegen die deutsche Einfuhr richteten. Die Schaffung Mitteleuropas würde aber davor nicht nur nicht schützen, sie wäre vielmehr das geeignetste Mittel, solche Schikanen und Beschränkungen hervorzurufen. Denn Mitteleuropa wird, wie Naumann richtig erkennt, nicht als ein solider staatlicher Körper aus dem Kriege hervorgehen, nicht einmal als ein Zollverein, sondern es soll zunächst nur als Übereinkommen Deutschlands und Österreichs über einen übereinstimmenden Zolltarif ins Leben treten, wobei eine Zwischenzolllinie zwischen den beiden Ländern bleibt, nur mit ermäßigten Zöllen. Oder gar bloß durch ein Abkommen über gegenseitige Vorzugsbehandlung. Das könnte nur verwirklicht werden durch Verletzung des Grundsatzes der Meistbegünstigung, womit Veranlassung gegeben wäre, daß die anderen Staaten, die bisher mit Deutschland Handelsverträge auf dem Fuße der Meistbegünstigung hatten, davon auch abgehen, so daß Deutschland seine bevorzugte Stellung in Österreich mit Nachteilen in anderen Staaten zu bezahlen hätte.

So viel über die uns drohenden Handelschikanen und Einfuhrbeschränkungen. Außerdem aber soll uns, wenn wir nicht Mitteleuropa schaffen, die Aushungerung durch auswärtige Kartelle und Trusts drohen!

#### d. Die Gefahren der Trusts.

Naumann hat große Angst vor den Trusts, aber nur vor denen des Auslandes. Die des Inlandes bilden seine Zuversicht. Die Herstellung Mitteleuropas erhofft er vor allem dadurch, daß die deutschen und österreichischen Kartelle sich verständigen:

Der Mittelpunkt der Syndikatsverträge aber wird das mitteleuropäische Eisen- und Stahlkartell sein, durch welches unter Mitwirkung der beteiligten Staatsregierungen den österreichischen und ungarischen Eisenindustriellen ihre bisher durch Zölle und Staatsprotektion gesicherte Stellung in Form von Rationierungskartellbestimmungen garantiert wird. . . . Ist aber einmal das Vorbild der gemeinsamen Syndizierung auf dem Hauptgebiet des Eisens gefunden, so wird sich dieses Schema mit den notwendigen Abänderungen auf alle syndizierbaren Gewerbe übertragen lassen. Damit vermindert sich der Umkreis der Produktionen, die Zwischenzölle brauchen, mit jeder neuen Syndikatsfusion. Für vereinte Syndikate mit wohlberedelten Kontingenten und mit Abgrenzung heimischer Vorzugsmärkte unter faktisch garantierter Konventionalstrafe ist nichts nötig, als die gemeinsame Zolllinie nach außen. (S. 224, 225.)

Man sieht, Mitteleuropa soll ein Eldorado der Kartelle und Trusts werden, die mit allen Mitteln der Staatshilfe zu fördern sind. Dagegen die Trusts des Auslandes, sie sind der schrecklichste der Schrecken, sie drohen, uns mit ihren Produkten — auszuhungern.

Ja, das befürchtet Naumann von ihnen, und doch pfeifen es schon lange die Späßen von den Dächern, daß die Trusts und Kartelle die Zölle keineswegs zu dem Zwecke brauchen, das Ausland auszuhungern. Sie schränken die Produktion für das Inland ein, um dort die Preise in die Höhe zu treiben, und suchen gleichzeitig die technischen Vorteile des Großbetriebs dadurch zu gewinnen, daß sie weit über den festgesetzten Absatz des Inlandes hinaus produzieren und den Überschuß zu Schleuderpreisen im Ausland absetzen.

Also gerade das Gegenteil der Aushungerungspolitik des Krieges treiben die Kartelle im Frieden: sie suchen das eigene Land auszuhungern und den Gegner mit reichlicher Zufuhr zu überschütten.

Allerdings gibt es einige Kartelle oder Trusts, die diese Politik nicht befolgen. Sie hat wohl Naumann im Auge. Es sind solche, deren Monopol aus natürlichen Gründen ein so starkes ist, daß sie des staatlichen Schutzes entbehren können und imstande sind, den Absatz ihres Produktes nicht nur innerhalb des eigenen Landes, sondern für die ganze Welt zu kontingentieren. Derartige Unternehmungen können allerdings ihre Aushungerungspolitik auf die ganze Welt anwenden. Aber sie können es nur so lange und so weit, als ihr Monopol ein natürliches ist. Gegen ein solches schützt dann kein Zollverein und kein Mitteleuropa. Naumann weist auf die Gefahr eines Baumwolltrusts hin. Ja, wenn es den Baumwollproduzenten der Welt gelänge, sich in einem Bund zusammenzuschließen, was vermöchte Mitteleuropa dagegen?

Freilich, er sieht im Geiste schon ein größeres Mitteleuropa, über den deutsch-österreichischen Zollverband hinaus, das unter anderem auch Holland mit seinen Kolonien umfaßt. Aber um Baumwolle zu bauen, genügt es nicht, ein Tropenland zu besitzen. Nicht jedes produziert geeignete Baumwolle. Bisher ist es nicht gelungen, das Übergewicht Amerikas auf diesem Gebiet

merklich zu verringern. Es betrug die Baumwollernte in Millionen Kilogramm:

Im Jahresdurchschnitt	Vereinigte Staaten	Ostindien	Ägypten	Abribe Gebiete <sup>3</sup>
1902 bis 1906 . . . . .	2700	817	281	353
1907 - 1912 . . . . .	3004	837	310	576
	Zunahme 304	20	29	223

Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion ist seit 1902 nur von 65 Prozent auf 64 Prozent gesunken.

Trotzdem England die größten Gebiete besitzt, die, abgesehen von den Vereinigten Staaten, Baumwolle bauen, würde seine Textilindustrie durch einen amerikanischen Baumwolltrust aufs schwerste getroffen. Es konsumierte im Jahre 1912/13 8 825 000 Ballen Baumwolle, darunter 3 281 569 aus den Vereinigten Staaten. Und da sollte die Schaffung Mitteleuropas imstande sein, das Deutsche Reich von einem amerikanischen Baumwolltrust unabhängig zu machen?

Andererseits produziert die englische Kolonie Ostindien Baumwolle nicht für die englische Industrie, sondern für die Konkurrenten Englands. Im Jahre 1912/13 wurden von der Industrie der Welt 3 394 000 Ballen ostindische Baumwolle konsumiert. Davon nur 48 000 in England, dagegen 175 000 in Deutschland und 988 000 in Japan, endlich 1 623 000 in Ostindien selbst. Die Industrie wählt ihre Rohstoffe nach ihrer Brauchbarkeit und nicht nach ihrer Herkunft.

Aber selbst wenn man sicher sein könnte, daß Deutschland durch die Schaffung Mitteleuropas mit entsprechendem kolonialem Anhang in bezug auf Baumwolle oder Petroleum völlig unabhängig von auswärtigen Bezugsquellen würde, welche Garantie hätte es, daß sich dann nicht ein mitteleuropäischer Baumwoll- oder Petroleumtrust bildet, der Mitteleuropa aushungert? Es mag ja erhebender für uns sein, von einem Mitteleuropäer als von einem Amerikaner ausgehungert zu werden, doch technisch oder physisch macht das keinen Unterschied.

Die Trusts sind sicher eine Gefahr. Aber die des eigenen Landes für dieses fast noch mehr als die des Auslandes. Und die Schaffung eines gemeinsamen Zollgebiets durch Verschmelzung und Verstärkung von Trusts oder sonstigen Unternehmerorganisationen ist der verkürzteste Weg, diese Gefahr zu bannen. Soweit es in der augenblicklichen Phase des Kapitalismus möglich ist, die Gefahren der Trustwirtschaft zu bannen, geschieht es am ehesten unter dem Regime des Freihandels. Ein Mitteleuropa, das ein Mittel sein soll, das System des Schutzzolls zu verstärken, erhöht nur die Gefahr der Aushungerung durch die Trusts, bannst sie nicht.

Von welcher Seite man die theoretische Grundlegung Mitteleuropas auch betrachten mag, sie versagt überall.

Und dabei will sie eine Tendenz erklären und rechtfertigen, die gar nicht besteht. Denn die angebliche Tatsache, daß die ökonomische Entwicklung dahin drängt, internationale Reiche zu zimmern, die Nationalstaaten durch »vier große Weltinternationalen« (Renner) zu ersetzen, sie ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden.

<sup>3</sup> Brasilien, China, Rußland, Kleinasien usw.

## 4. Der überationale Großstaat in der Praxis.

### a. Die angelsächsischen Staaten.

Naumann sieht die staatliche Entwicklung in der Weise vor sich gehen, daß der Nationalitätenstaat überwunden wird durch den überationalen Großstaat. Bereits drei solche Staaten haben sich gebildet: die Vereinigten Staaten, das britische Weltreich, Rußland. Mitteleuropa muß »der vierte Weltstaat« werden. (S. 167.)

Jeder der drei alten Großstaaten ist in sich international. In ihnen verwirklicht sich in der Praxis, was im gegenwärtigen Weltalter an der internationalen Idee realisierbar ist.

In gleichem Sinne sagt Renner:

Die Ökonomie, die gesellschaftlichen Produktivkräfte sind nicht nur über die alte Kleinstaaterei, sondern auch über die großen Nationalitätenstaaten hinausgewachsen. Die Weltwirtschaft fordert den Weltstaat.

Und vorher schon:

Jener Imperialismus, der praktisch Nationalitätenstaaten, internationale Reiche zimmert, vier große Weltinternationalen herstellt, den Internationalismus praktisch verwirklicht, freilich vorläufig unter der beabsichtigten Alleinherrschaft je einer Nation über viele ihr hörige Völker! Ist dieses Zusammentreffen nicht verwunderlich? (Der Krieg und die Wandlungen des nationalen Gedankens, »Kampf«, 1. Januar 1915, S. 23.)

Verwunderlich in der Tat »dieses Zusammentreffen« Renners mit Naumann, die beide im »überationalen Weltstaat« den »Internationalismus praktisch verwirklicht sehen«.

Ihre Auffassung wird nur dadurch ermöglicht, daß sie keinen Unterschied machen zwischen dem Nationalitätenstaat und dem Kolonialstaat. Diese beiden Staatenarten haben jedoch nicht das mindeste miteinander gemein. Daß jeder der modernen Großstaaten trachtet, sich ein Kolonialreich zuzulegen, ist natürlich eine allbekannte Tatsache. Aus ihr kann aber doch nicht das mindeste für die Begründung des »vierten Weltstaats«, Mitteleuropas, gefolgert werden. Wenn dessen Nationen zu einem Staatswesen vereinigt würden, ständen sie doch zueinander nicht in dem Verhältnis einer Kolonie zum Mutterland, sondern in dem der Nationen eines Nationalitätenstaats.

Der Unterschied zwischen beiden beruht auf dem zwischen primitiver und moderner Demokratie, den ich in meinen Schriften über »Parlamentarismus und Demokratie«, über »Nationalität und Internationalität« sowie über den »Nationalstaat usw.« auseinandergesetzt habe. Ich verweise den Leser, der sich eingehender mit dem Gegenstand befassen will, auf diese Arbeiten. Hier nur so viel darüber: In dem Zeitalter der primitiven Demokratie beschäftigt sich die Masse nur mit den politischen Angelegenheiten ihrer nächsten Umgebung, namentlich der Gemeinde. In der staatlichen Politik teilzunehmen besitzt sie meist weder Gelegenheit noch Fähigkeiten. Diese Politik wird das Privilegium einer über den Massen stehenden Herrscherklasse.

Erst die moderne kapitalistische Entwicklung schafft mit den Mitteln des schnellen Massen- und Fernverkehrs, der Allgemeinheit des Lesens und Schreibens, der Presse, die Bedingungen, daß auch die Volksmassen an der Staatspolitik Anteil nehmen, für welche Teilnahme sie sich in mühsamen

Kämpfen überall früher oder später die nötigen Rechte und Organe erkämpfen.

Es ist offenbar durchaus nicht gleichgültig, wenn mehrere verschiedene Völker in einem Staatswesen vereinigt werden, ob sie sich noch im Stadium der primitiven oder schon der modernen Demokratie befinden. Drei Formen sind da möglich: Die primitiven Völker können von einer ebenfalls primitiven Herrschernation oder Kaste unterjocht oder zusammengehalten werden. Das läuft in der Regel auf eine Art des orientalischen Despotismus hinaus.

Anders gestaltet sich die Sache dort, wo eine moderne Nation mit den Machtmitteln des modernen Staates sich ein Volk primitiver Demokratie unterwirft. Dieses gerät dadurch in das Verhältnis der Kolonie zum Mutterland.

Wieder anders wird das Staatswesen dort, wo verschiedene Nationen mit modernem politischem Leben in einem Staatswesen vereinigt sind. Hier finden wir einen Nationalitätenstaat.

Gelänge die Bildung des ersehnten mitteleuropäischen Weltstaats, so wäre er ein Nationalitätenstaat in letzterem Sinne.

Zeigt uns nun der Gang der tatsächlichen Entwicklung eine Tendenz, die bestehenden Nationalstaaten zu Nationalitätenstaaten zu erweitern oder in solchen zusammenzufassen?

Ehe wir diese Frage beantworten, müssen wir uns noch darüber verständigen, was wir unter einem Nationalstaat verstehen. Will man das Wort buchstäblich auffassen, dann gibt es kaum einen Nationalstaat, das heißt einen Staat, in dem nur eine einzige Nation vertreten ist. In England spricht noch fast eine Million Menschen Walisisch, eine halbe Million Irisch. In Frankreich zählte man 1881 noch eine Million Bretonen, eine halbe Million Italiener, 200 000 Flamen.

Der reinste Nationalstaat dürfte augenblicklich Italien sein.

Man kann jedoch von einem Nationalstaat schon überall dort sprechen, wo eine Nation so stark überwiegt, daß es den anderen Nationen des Landes gar nicht einfällt, jenes Übergewicht antasten zu wollen, so daß die einheitliche Sprache des Staates, das heißt der Behörden, des Militärs, der Gesetzgebung und Rechtspflege als eine Selbstverständlichkeit gilt und von den Mitgliedern der anderen Nationen höchstens als Unbequemlichkeit, aber nicht als Ungerechtigkeit empfunden wird.

Fassen wir den Nationalstaat in diesem Sinne, dann sind die Vereinigten Staaten nicht ein »überationaler Großstaat«, sondern ein Nationalstaat. Wohl zählen sie infolge der starken Einwanderung zahlreiche Bürger, deren Muttersprache nicht Englisch ist. Von den 100 Millionen, die sie bewohnen, sind 32 Millionen Eingewanderte oder Kinder von Einwanderern, davon 13 Millionen Briten, demnach fast 20 Millionen anderer Nationalität, darunter 8 Millionen Deutsche. Keine einzige dieser Nationen kann sich annähernd an Zahl mit den Englisch sprechenden Elementen messen, ihre Mitglieder sind überdies vom Mutterboden gerissen, mit anderen gemischt, in neue Verhältnisse versetzt, so daß es keinem von ihnen im Traum einfällt, an der Herrschaft der englischen Sprache im Staate rütteln oder seine eigene daneben zur Geltung bringen zu wollen. Sie wissen, daß ihre Nationalität nur noch ein Übergangsstadium ist. Ihre späteren Nachkommen sprechen alle Englisch.

Ihre nationale Anspruchslosigkeit wird erleichtert dadurch, daß jedermann die vollste Freiheit hat, seine Sprache in Vereinen, Versammlungen, Zeitungen zu gebrauchen, jede Nation das Recht hat, ihre eigenen Schulen, ihr eigenes Theater zu haben. Wenigstens gilt das für Europäer. Gegen Asiaten ist man weniger tolerant.

Wir sehen dabei nicht die mindesten Ansätze zu einer Veränderung dieses Verhältnisses und zur Umwandlung der Vereinigten Staaten in einen Nationalitätenstaat. Ihre letzte große Expansion auf dem amerikanischen Kontinent geschah in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. In der Zeit von 1844 bis 1848 wurden damals unter dem Einfluß der nach neuem Lande lüsternden Sklavenbarone von Spaniern bewohnte Gebiete erobert, Texas, dann Neumexiko und Kalifornien. Aber diese Landstriche waren so dünn bevölkert und ökonomisch wie politisch so rückständig, daß die Assimilierung der Spanier sich rasch vollzog.

Auch heute ist Mexiko noch weit davon entfernt, ein moderner Staat mit modernem politischem Leben zu sein. Immerhin ist es bedeutend weiter als vor 70 Jahren, und so sehen wir auch die Vereinigten Staaten, trotz mächtiger Einflüsse in entgegengesetztem Sinne, davor zurückschrecken, sich Mexiko einzuverleiben. Dadurch würden sie zu einem Nationalitätenstaat mit allen Konflikten und Problemen eines solchen werden. Es ist bereits zu spät, Mexiko als bloße Kolonie zu behandeln.

Bisher ist von einer Verwandlung der Vereinigten Staaten aus einem angelsächsischen in einen übernationalen Weltstaat nichts zu merken.

Und ebensowenig kann man diesen Prozeß im britischen Reiche konstatieren, wenn man die Gebiete primitiver Demokratie, die eigentlichen Kolonien, von denen moderner Demokratie unterscheidet. Faßt man bloß die letzteren mit ihren etwa 66 Millionen Einwohnern ins Auge, dann gehört das britische Reich nach wie vor zu den Nationalstaaten. Daran ändern nichts die Franzosen in Kanada (1901 1 650 000 Köpfe). Ihre Anwesenheit im Reiche ist nicht den modernen Tendenzen nach einem »internationalen Weltstaat« zuzuschreiben, sondern eine Folge kolonialer Eroberungspolitik im achtzehnten Jahrhundert, also zu einer Zeit, in der nicht nur der modernste Weltstaat, sondern auch der Nationalstaat noch nicht die Gemüter beschäftigte.

Allerdings hat das britische Reich auch sein Elsaß-Lothringen in den beiden Burenrepubliken, die es 1902 eroberte. Es beeilte sich, den Schönheitsfehler dadurch gutzumachen, daß es den eroberten Provinzen 1909 volle Autonomie verlieh. Im Südafrikanischen Bund, dem die beiden Burenstaaten zugehören, ist neben dem Englischen das Holländische die offizielle Sprache. Hier liegt wohl eine Abweichung vom reinen Nationalitätenstaat in der Richtung zum Nationalitätenstaat vor, doch kommt sie für den Charakter des Gesamtstaats nicht in Betracht. Er umfaßt rund 62 Millionen Engländer, nicht ganz 2 Millionen Buren und noch etwas weniger Franzosen. Diese beiden letzteren Elemente können lokale nationalitätenstaatliche Probleme zu lösen geben, nicht aber gesamtstaatliche. Und nichts deutet darauf hin, daß die Annexion der Burenrepubliken den Anfang einer Entwicklung bilde, die danach strebe, das britische Reich in einen Nationalitätenstaat zu verwandeln.

## b. Rußland.

Als Beleg für die angebliche neue, durch den modernsten Kapitalismus erzeugte Tendenz staatlicher Entwicklung zum übernationalen Großstaat bleibt nur noch der russische Staat übrig — in der Tat ein würdiges Objekt, die Tendenzen modernster Politik zu studieren! Bisher nahmen wir an, die »internationale« Expansion Rußlands sei ein Ergebnis aus der Zeit seines orientalischen Despotismus!

Gewiß wird es immer mehr in das Bereich der modernen Produktionsweise hineingezogen und erstarken in seiner Bevölkerung neben der primitiven Demokratie der Dorfgemeinde die Tendenzen zur Teilnahme an der Staatspolitik. Damit erwächst auch modernes nationales Leben und erstehen für Rußland die Probleme des Nationalitätenstaats. Aber seitdem das der Fall, hütet sich Rußland gar sehr, sich neue Nationalitäten mit modernem politischem Leben einzuverleiben. Seit einem Jahrhundert hat es keine Vergrößerungen mehr im Westen gesucht, sondern sich nur solche Gebiete einverleibt, die noch im Stadium des orientalischen Despotismus standen, der Asiatischen Türkei, des Kaukasus, Persiens, der zentralasiatischen Khanate, Chinas. In Europa hat es sich seit 1815 nur einen kleinen Streifen in Bessarabien angeeignet. Als es 1878 die Türkei besiegte, verwandelte es die ihr in Europa abgenommenen Gebiete in selbständige Staaten. Wenn es in jüngster Zeit nach Galizien strebte, so wollte es sich dadurch nicht zwei neue Nationen einverleiben, sondern für zwei Nationen, von denen es schon den größten Teil umfaßte, Polen und Kleinrussen, die nationale Anregung und Anziehung durch benachbarte Nationsteile jenseits der Grenzen mindern oder ganz aufheben. Wenn das Europäische Rußland immer mehr den Charakter eines Nationalitätenstaats annimmt, geschieht das nicht durch Ausdehnung des Reiches, durch Verschieben seiner Grenzen, durch eine Vermehrung der Völker, die es umfaßt, sondern durch einen inneren Prozeß, der den Staat mit modernem politischem Leben erfüllt.

Ebensowenig wie die beiden anderen »übernationalen Weltstaaten« zeigt uns also Rußland heute nur im geringsten jene Tendenz, die angeblich durch die moderne ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit erzeugt wird, die Tendenz nach Zusammenschließung verschiedener selbständiger Nationalstaaten zu einem höheren Gebilde. Es beweist höchstens, daß die Aufteilung eines Nationalitätenstaats in Nationalstaaten kein einfacher Prozeß und nicht immer gangbar ist, daß nicht für jede Nation die Möglichkeit besteht, zur Selbständigkeit in der Form eines souveränen nationalen Staates zu kommen.

Man muß die Nationalitätenstaaten selbst unterscheiden. Jeder ist unter anderen historischen Bedingungen entstanden, hat andere Ausichten und Möglichkeiten der Entwicklung. Man muß sich sehr davor hüten, aus einem oder zwei Fällen gleich allgemeine Schlüsse zu ziehen.

Wenn sich die Erwartungen nicht erfüllten, die von der einen Seite auf eine Rebellion unterdrückter Völker in Rußland, von der anderen Seite in Osterreich gesetzt wurden, so braucht man daraus nicht gleich zu schließen, daß überall jetzt die Existenz des Staates, den man überkommen hat, nun wichtiger erscheine als die der Nation und jeder Nationalitätenstaat dadurch gegen künftigen Zerfall geschützt sei. Erst nach dem Kriege wird sich einwandfrei feststellen lassen, inwieweit Anhänglichkeit an den Staat oder

dessen überlegene Zwangsgewalt die Nationen an den Nationalitätenstaat, in dem sie leben, während des Krieges gekettet hat.

Soweit aber in Rußland von einer Anhänglichkeit der nichtrussischen Nationen an den Staat gesprochen werden kann, rührt dies wohl nicht von der Anziehungskraft des Staates her, wie er ist, sondern von der des Staates, der wird. Mit anderen Worten, von den Erwartungen der »Fremdvölker« auf die russische Revolution. Diese Völker, oder sagen wir genauer, ihre arbeitenden Massen, gerade jene, die allein für eine Erhebung gegen das russische Joch in Betracht kämen, sie glauben an die russische Revolution und erwarten mehr von ihr als von einer Grenzveränderung.

Andererseits darf man nicht vergessen, daß in Rußland die Verhältnisse für einen Nationalitätenstaat sehr günstig liegen. Es nähert sich schon sehr einem Nationalstaat.

Nach der Zählung von 1897 (der letzten!) enthielt das russische Reich 129 Millionen Einwohner. Sie sind seitdem auf 171 Millionen (1912) angewachsen. Aber das Verhältnis der Nationen zueinander können wir nur auf Grund der Zahlen von 1897 darlegen. Damals zählten die Russen 84 Millionen Köpfe, also die größte Mehrheit der Bevölkerung. Allerdings waren von den 84 Millionen 22 Millionen Kleinrussen, aber bei denen steht es noch keineswegs fest, ob sie eine eigene Nation bilden oder nicht, ob ihre Sprache ein Dialekt bleibt, wie etwa das Plattdeutsche oder Schweizerische, oder eine besondere Schriftsprache entwickelt, die sich zur großrussischen Sprache verhielte wie das Holländische zum Deutschen. Die russische Schriftsprache bereitet dem kleinrussischen Bauern wohl Schwierigkeiten, aber nicht minder dem großrussischen. (Vergl. Alexinsky, La Russie Moderne, S. 287.) Beide Sprachen stehen bei alledem einander so nahe, daß kleinrussische Dichter ihre größten Kunstwerke in großrussischer Sprache schaffen konnten, wie zum Beispiel Gogol. Die staatliche Absonderung würde die Kleinrussen wahrscheinlich ebenso wie die Holländer zu einer besonderen Nation gestalten. Innerhalb des Verbandes des russischen Reiches bleiben sie Russen, wie die Plattdeutschen Deutsche geblieben sind.

Wir finden also in Rußland ein fast ebenso großes Übergewicht der Russen, wie in den Vereinigten Staaten der Angelsachsen über die anderen Nationen. Und von den anderen Nationen kommt in Rußland ebensowenig wie in Amerika irgendeine auch nur annähernd der Staatsnation an Ausdehnung gleich. Die größte unter ihnen in Amerika, die Deutschen, bilden 8 von 100 Millionen, die Polen in Rußland 8 von 129 Millionen.

Allerdings besteht der große Unterschied, daß in Amerika die Fremdvölker vom heimischen Boden losgerissen sind und daher rasch der Anziehungskraft der Staatsnation erliegen, von der sie assimiliert werden. Nur steter Zuzug von außen hält dort den Bestand der Fremdvölker aufrecht. In Rußland dagegen sitzen sie noch in den ererbten Territorien und bewahren den zähen Konservatismus, den die heimische Scholle ausübt. Sie bleiben ihrer Muttersprache treu, und ihre wachsende Teilnahme am Leben des Gesamtstaates bewirkt nicht ihr Aufgehen in der Staatsnation, sondern Verstärkung ihres Dranges nach nationaler Selbständigkeit.

Dabei finden sie jedoch kein anderes Staatswesen jenseits der Grenzen, das sie mehr anziehen könnte als das eigene, mit dem Zollverband und staatliche Verkehrspolitik seit langem engere wirtschaftliche Beziehungen ge-

schaffen haben. Die meisten der Fremdvölker liegen an der Staatsgrenze, während die Russen den Kern des Reiches bewohnen. Doch befinden sich die Fremdvölker vorwiegend in ihrem ganzen Umfang innerhalb des russischen Reiches, wie Finnen, Letten, Esten, Kaukasier. Nur wenige finden Nationsgenossen in größeren Massen jenseits der Grenzen, wie Polen, Kleinrussen, Armenier. Aber diese bildeten bis zum Kriege auch nicht selbständige Staaten, sondern gehörten anderen Großstaaten an, in denen sie nur kleine Minderheiten darstellten. Eine Ausnahme bietet nur die eine Million Rumänen im Gouvernement Besarabien, das zwei Millionen Bewohner zählt.

Es gehörte unter diesen Umständen der ganze Druck des russischen Absolutismus dazu, in manchen seiner Fremdvölker den Drang nach gewaltfamer Loslösung vom Gesamtstaat aufkommen zu lassen.

Schon die bloße Aussicht auf Milderung seines Druckes durch die erwartete Revolution veranlaßt sie, nicht in Grenzverschiebungen, sondern in inneren Umwälzungen ihr Heil zu suchen. Freiheiten, wie sie für die einzelnen Sprachen und Nationalitäten in den Vereinigten Staaten und im britischen Reich in jenen seiner Teile bestehen, die nicht eigentliche Kolonien darstellen, dürften genügen, sie im Bereich des russischen Staates festzuhalten.

Mancher, wie zum Beispiel Genosse Pernerstorfer, meint freilich, ein liberales Rußland werde die Fremdvölker ebenso unterdrücken, wie es bisher das absolutistische tat. Kein Zweifel, der Liberalismus sichert nicht vor Unterdrückungspolitik. Es gibt in manchen Staaten liberale Parteien, die rücksichtslose Niederhaltung fremder Nationen predigen. Die Liberalen etwa, die Pernerstorfer kennt, geben ihm ein Recht zu diesem Verdacht. Indes besteht zwischen den Liberalen und der Bureaukratie des absolutistischen Staates doch ein wesentlicher Unterschied. Diese muß ihrem Wesen nach jede selbständige politische Betätigung der Volksmassen unterdrücken, also auch jede selbständige Regierung einzelner Nationen im Staat. Bei dem Liberalismus entspringt politische Vergewaltigung einzelner Volkssteile nicht seinem Wesen. Dieses bringt ihn in Gegensatz zur Bureaukratie, die sogar den Kapitalismus einschnürt. Er weiß, daß die kapitalistische Produktionsweise sich nicht entwickeln kann ohne kraftvolle Initiative und Selbständigkeit ihrer Träger, die unvereinbar ist mit der unbeschränkten Herrschaft einer staatlichen Bureaukratie. Und er weiß auch, daß die politische Unterdrückung der Volksmassen im Zeitalter des entwickelten Verkehrs sich nicht durchsetzen läßt und das beste Mittel ist, sie zur Auflehnung gegen die bestehende Ordnung zu treiben. Freilich, wo es auch bei politischer Freiheit zu solcher Auflehnung kommt, da vergißt er leicht seine liberalen Grundsätze, aber er wird ihnen dort nicht untreu, wo weder Furcht noch Vorteil ihn dazu drängt.

In Rußland fehlen nun die beiden Momente, die in manchen Staaten mit verschiedenen Nationen die Liberalen der Staatsnation zur Unterdrückung der anderen Nationen treiben.

Einmal überwiegt in Rußland, wie wir schon gesehen, die Staatsnation an Zahl so ungeheuer, daß niemals zu befürchten ist, durch politische Freiheit, auch wenn sie noch so weit ginge, könnte jemals ihr Übergewicht erschüttert werden. Sie ist auch in keiner Weise davon bedroht, daß die anderen Nationen im Staate rascher erstarken als sie. Im Gegenteil.

Das Gebiet Rußlands, das am raschesten an Bevölkerung zunimmt und das ihr die größten Ausdehnungsmöglichkeiten bietet, ist Sibirien. Dort ge-

stellt sich, ebenso wie in den Vereinigten Staaten, zu der natürlichen Vermehrung noch eine starke Einwanderung. Ist von 1897 bis 1912 die gesamte Bevölkerung Rußlands um 30 Prozent gewachsen, so hat sich die Sibiriens in dem gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt. Seine Bevölkerung dürfte nach dem Kriege noch in rascherem Verhältnis zunehmen, wenn er ein freierliches Regime zur Folge haben sollte. Es wird den Strom der russischen Auswanderung statt nach Amerika nach Sibirien lenken. Der Drang nach Sibirien wird in Rußland nach dem Kriege auch deshalb wachsen, weil Sibirien von ihm am wenigsten litt, während gerade große Gebiete der »Fremdvölker« im Westen furchtbar verwüstet wurden.

In Sibirien liegen aber die Verhältnisse für die zuwandernden Nationalitäten ähnlich wie in Amerika. Losgelöst von der heimischen Scholle, assimilieren sie sich unter modernen Verkehrsverhältnissen schon in der zweiten Generation an den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Die Russifizierung der anderen Nationen, die im Westen unüberwindliche Schranken fand, wird sich von selbst bei jenen ihrer Teile vollziehen, die nach Sibirien wandern. Dieses ungeheure Gebiet wird ein vollständig russischer Nationalstaat und muß zusehends das Übergewicht der russischen Nation im Gesamtreich von Jahr zu Jahr verstärken. Warum da die russischen Liberalen eine Politik nationaler Unterdrückung treiben sollten, ist nicht recht einzusehen.

Von dem zweiten Faktor, der zu einer solchen Politik treiben könnte, haben wir schon gesprochen. Wenn es jenseits der russischen Grenzen einen Staat gäbe, in dem eine der Nationalitäten Rußlands mehr Freiheit und bessere Entwicklungsmöglichkeiten für sich fände als in einem liberalen Rußland, dann könnte er für diese Nation einen Antrieb bilden, sich vom russischen Staatsverband loszulösen. Das würde wohl ein Grund auch für die Liberalen in Rußland werden, nationale Tendenzen dieser Art mit Gewalt niederzuhalten. Aber wer uns plausibel machen will, daß ein Fall dieser Art wahrscheinlich sei, muß uns erst das Staatswesen zeigen, in dem eines der russischen Grenzvölker für seine nationale Entwicklung bessere Aussichten fände als in einem liberalen Rußland. Und nur von einem solchen und nicht vom absolutistischen sprechen wir hier.

Der Sturz des Zarismus bietet also in Rußland sehr wohl die Bedingungen, seine nationalen Schwierigkeiten ohne Zerfall des Staates zu überwinden. Aber man muß sich hüten, daraus gleich Verallgemeinerungen für jeden Nationalitätenstaat zu schließen.

Rußland bezeugt weder, daß der Nationalitätenstaat die Staatsform der Zukunft, noch auch, daß jeder Nationalitätenstaat lebensfähig ist. Seine nationale Zusammensetzung ist nicht ein Produkt der jüngsten Geschichte, und seine Lebenskraft verdankt es dem, was es vom Nationalstaat an sich hat. Dadurch wird es stark genug, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, die ihm aus denjenigen seiner Merkmale erwachsen, welche es mit dem Nationalitätenstaat gemein hat.

### e. Österreich.

Rußland bildet ein Mittelding zwischen Nationalstaat und Nationalitätenstaat. Seine klassische Form findet dieser nur dort, wo unter mehreren Nationen in einem Staate keine so sehr die andere überragt, daß sie durch ihr natürliches Übergewicht ohne jeglichen politischen Zwang von selbst zur Staatsnation würde.

Unter den eigentlichen Nationalitätenstaaten sind wieder zu unterscheiden jene mit nur zwei und jene mit mehreren Nationalitäten.

Für erstere vereinfacht sich das Nationalitätenproblem sehr. Es genügt dann, daß bei weitgehender nationaler Freiheit und lokaler Selbstverwaltung an Stelle einer Staatsprache zwei gleichberechtigte Sprachen in der Verwaltung und Gesetzgebung des Staates treten, um die meisten Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheiten zu beseitigen. Das wird noch besonders erleichtert dort, wo die eine der beiden Sprachen eine Weltsprache ist, deren Erlernung mehr als lokalen Gewinn bringt und daher als kein unbilliger Zwang empfunden wird.

In Belgien sprachen 1910 2 833 334 Einwohner bloß Französisch, 3 220 662 bloß Flämisch, 871 288 waren beider Sprachen mächtig.

Eigenartig ist die Stellung der Schweiz als Nationalitätenstaat. Sie wird erleichtert durch die weitgehende Souveränität der einzelnen Kantone. Vier Sprachen werden in ihr gesprochen, darunter befinden sich aber zwei in so hervorragender Stellung durch die Zahl derer, die beide oder doch eine von ihnen sprechen, daß sie als Staatsprachen gelten können: das Deutsche und das Französische. Das Italienische spielt daneben eine bescheidene Rolle, nur in 2 von den 25 Kantonen wird es von einem größeren Teil der Bevölkerung gesprochen. Das Romanische gar nur in einem Kanton, und auch da nur von einer Minderheit.

Weit verwickelter gestalten sich die Verhältnisse in Österreich, einem Nationalitätenstaat, wie es keinen anderen in Europa gibt. Es wird von neun Nationen bewohnt, darunter vier großen, von denen keine die andere so weit überragt, daß ihre Zahl ihr schon ein selbstverständliches und allseitig anerkanntes Übergewicht gäbe. So finden wir im Gesamtstaat 12 Millionen Deutsche, 10 Millionen Ungarn, 8½ Millionen Tschechen und Slowaken, 6½ Millionen Serbokroaten oder, wenn man noch die Slowenen zu ihnen zählt, über 7½ Millionen Südslawen. Daneben kommen noch in Betracht 5 Millionen Polen, 4 Millionen Ruthenen (Kleinrussen) und 3½ Millionen Rumänen. Eine Zeitlang fungierten unter diesem Gemisch die Deutschen als Staatsnation. Waren doch die Beherrscher der habsburgischen Erblande deutsche Kaiser, die Deutschen die ökonomisch und intellektuell entwickeltste Nation des Staates, das Deutsche nicht nur die Sprache der Bureaucratie und der Armee, sondern auch die Verkehrssprache der Gebildeten. Als aber die Verbindung Österreichs mit dem Deutschen Reich aufhörte, während gleichzeitig der Kapitalismus auch die anderen Nationen erfaßte, geriet das Übergewicht der Deutschen ins Wanken. Sie hofften, sich in der Westseite des Reiches als Staatsnation zu behaupten, wenn sie den Osten den Madjaren überließen. Sie unterwarfen dabei 2 Millionen Deutsche in Ungarn der madjarischen Hegemonie. Gespalten wurden dafür auch die Tschechoslowaken, von denen 2 Millionen im ungarischen Gebiet wohnen. Am sonderbarsten und verworrensten gestaltete sich die staatsrechtliche Stellung der Serbokroaten. Ein Teil wurde direkt ungarisch, ein Teil österreichisch, ein dritter bekam in Kroatien innerhalb des ungarischen Staates eine Sonderstellung. Und eine weitere Sonderstellung wurde dem vierten Teil zugewiesen in Bosnien.

Der staatsrechtlichen Verworrenheit entspricht eine Verworrenheit der nationalen Ziele der verschiedenen Völker. Einige von ihnen grenzen an

selbständige, zum Teil auch mächtige und blühende Staaten gleicher Nationalität. So Rumänen, Serben, Italiener, Deutsche. Das erzeugt bei ihnen Bedürfnisse und Wünsche, die über die Grenze schießen, aber keineswegs überall in gleicher Weise. Die national gesinnten Deutschen zeigen wohl große Sehnsucht nach dem Deutschen Reiche. Aber andererseits drängt der Anspruch, als führende Staatsnation zu fungieren, ihr Streben mehr nach dem Osten und Süden. Die Gründung Mitteleuropas scheint ihnen das probate Mittel zu sein, diese beiden einander widerstrebenden Tendenzen in einer höheren Synthese zu vereinigen.

Anderer Art wieder sind die Tendenzen der Polen und Ruthenen. Auch sie haben den größten Teil ihrer Nationsgenossen jenseits der Grenzen. Aber bis jetzt sind sie dort noch nicht in besonderen, selbständigen Nationalstaaten vereinigt, sondern als Minderheiten Großstaaten einverleibt. Ihr nationales Streben erhält dadurch, namentlich bei den Polen, eine feindselige Tendenz gegen den Nachbarstaat.

Nur zwei Nationen fallen vollständig in das Reich der Monarchie, die Ungarn und die Tschechen. In beiden finden wir ein hochgradiges nationales Bewußtsein, trotzdem sind beide an dem Bestand Österreichs stark interessiert. Nicht etwa deswegen, weil das Zeitalter der Weltwirtschaft keine kleinen Nationalstaaten mehr duldet. Das ist, wie wir gesehen haben, eine ganz unbegründete Behauptung. Sondern deshalb, weil in diesem Zeitalter einem Staate Luft und Licht fehlt, wenn ihm der Zugang zum Weltmeer versperrt ist. Das Weltmeer ist die einzige freie Straße, die in Friedenszeiten jeder Staat ungehindert befahren kann. Einem Staate, der Zugang zum Weltmeer hat, steht damit auch der Zugang zum Weltmarkt offen. Die Freiheit des Meeres im Frieden braucht nicht erst erkämpft zu werden, sie ist eine selbstbegründete Tatsache. Wer die Freiheit des Meeres als Kriegsziel aufstellt, denkt dabei nicht an die Zeit des kommenden Friedens, sondern des nächsten Krieges. Sie ist vielfach nur eine Umschreibung des Verlangens nach Vernichtung der englischen Seemacht.

Ein Staat, der keinen Zugang zum Weltmeer hat, ist dagegen auch in Friedenszeiten für seinen Anteil am Weltverkehr ganz von seinen Nachbarn abhängig, von ihrer Zoll- und Eisenbahnpolitik. Einem solchen Staate kann es freilich verderblich werden, wenn überlegene Mächte seine Nachbarn bilden und seinen Welthandel hemmen. Nicht die Freiheit des Meeres, wohl aber der Zugang zum Meere ist für jeden am kapitalistischen Produktionsprozeß beteiligten Staat eine wichtige Lebensbedingung. Das hat Serbien reichlich erfahren.

Es ist kein Zufall, daß die lebensfähigen und gedeihenden Kleinstaaten Europas mit einer Ausnahme alle am Meere liegen: die drei skandinavischen Staaten, Holland und Belgien. Die einzige Ausnahme bildet die Schweiz. Sie hat das Glück, von vier Nachbarn mit so verschiedenen Interessen umgeben zu sein, daß sie sicher sein kann, es werde nie der Moment kommen, in dem alle vier sich gegen sie verschwören. Der eine oder der andere Weg zum Meere wird ihr dadurch stets offen bleiben. Immerhin bildet ihre geographische Lage, nicht aber ihre Kleinheit ein recht ungünstiges Moment für ihre ökonomische Unabhängigkeit.

Der Deutsche Zollverein hätte sich vielleicht gar nicht verwirklichen lassen, wenn nicht die Kleinstaaten, die er neben Preußen umfaßte, fast alle vom

Meere abgeschnitten gewesen wären. Die am Meere liegenden wehrten sich am längsten gegen den Beitritt zu ihm, so Hannover und Oldenburg. Mecklenburg und die Hansestädte trafen ihm überhaupt nie bei. Der selbständigen Zollpolitik des ersteren machte erst der Norddeutsche Bund ein Ende. Für die der letzteren schlug erst nach der Gründung des Deutschen Reiches die Totenglocke. Die Lage am Meere wird für die ökonomische Selbständigkeit viel wichtiger als die Größe des Gebietes. Hamburg konnte sich vom Zollverein frei halten, Bayern dagegen nicht.

Ein selbständiger nationaler Staat der Tschechen wie der Ungarn wäre vom Meere abgeschlossen, trotz Shakespeare, der Böhmen eine Meeresküste verlieh. Fiume liegt nicht im ungarischen, sondern im serbokroatischen Sprachgebiet. Beide Nationalstaaten wären also in verzweifelter Lage. Schon dies verleiht den Madjaren wie den Tschechen ein erhebliches Interesse an der Erhaltung Österreichs, trotz ihres starken nationalen Dranges. Aber auch bei ihnen äußert sich dies Interesse in sehr verschiedener, gegensätzlicher Weise. Denn die Ungarn sind herrschende Staatsnation und wollen diese Stellung behaupten. Die Tschechen wollen sich die volle politische Ebenbürtigkeit erringen, ja ihre Heißsporne fühlen das Zeug in ihrer Nation, selbst zu einer herrschenden Nation zu werden. Sie stehen zu Deutschen und Ungarn in Opposition.

Keine der Nationen hat ein solches Übergewicht über die anderen, daß sie aus eigener Kraft etwas im Gesamtstaat vermöchte. Jede ist darauf angewiesen, sich zur Erreichung bestimmter Ziele mit einer anderen Nation zu verbinden, die in dem einen Punkte, auf den es eben ankommt, mit ihr übereinstimmt, keineswegs aber die gleiche Gesamtpolitik dem Staate gegenüber verfolgt. So ward bisher jede prinzipielle, einheitliche, konsequente Regelung der nationalen Verhältnisse vereitelt, erfolgten alle Eingriffe in diese nur von Fall zu Fall, auf begrenzten Gebieten, mit unzähligen Kautelen, schuf jede Lösung eines Teilproblems nur neue Probleme, war die einzige konsequent verfolgte Methode die des »Fortwurfstelsens«, bedeutete jede Er rungenschaft auf nationalem Gebiet nur eine Komplizierung der nationalen Verhältnisse.

Genosse Renner hat einen sehr scharfsinnigen Plan ausgearbeitet, wie die nationalen Verhältnisse Österreichs befriedigend zu lösen wären. Er ist in seiner Art ebenso genial wie Fouriers geplantes Phalanstère. Aber der Millionär, auf den dieser wartete, um die Mittel zur Durchführung des Planes zu erlangen, wollte nie kommen. Und so hat sich bisher auch nicht der geringste Ansaß zu der Macht gezeigt, die imstande und gewillt wäre, den Rennerschen Plan durchzuführen. Nach dem Kriege werden wir sehen, ob durch ihn darin Wandel geschaffen wurde.

Kein Zweifel, ein Österreich, nach Rennerschem Muster eingerichtet, wäre ein ebenso lachendes Gemeinwesen wie ein Fouriersches Phalanstère. Es könnte wohl den bestehenden Nationalstaaten überlegen sein, ihnen gegenüber als ein höheres staatliches Gebilde erscheinen.

Aber hier haben wir es nicht mit Plänen, Hoffnungen und Erwartungen, sondern mit den Erfahrungen der bisherigen Geschichte zu tun, und die zeigen uns keinen Nationalitätenstaat, der einem Nationalstaat an innerer Kraft gleich wäre. Sie zeigen uns in Nationalitätenstaaten Schwierigkeiten und Probleme, von denen der Nationalstaat nichts weiß. Und endlich zeigen

sie uns nicht die mindeste Tendenz zur Vereinigung schon bestehender Nationalstaaten mit entwickeltem politischem Leben der Volksmassen in internationalen Weltreichen.

Die Tendenz der Vereinigung verschiedener Volksstämme in einem Weltreich, die unsere Zeit aufweist, äußert sich nur durch Aneignung von Gebieten, die politisch rechtlos bleiben, durch die Kolonialpolitik. Wo wir verschiedene Nationen mit entwickeltem politischem Leben der Volksmassen in einem Gemeinwesen vereinigt finden, ist nur ihr nationales Leben ein Ergebnis neuerer Geschichte, nicht aber ihre Vereinigung. Diese gehört sehr alter Geschichte an, ist ein Überbleibsel der Vergangenheit, nicht der Keim einer neuen Zukunft.

Die einzige Ausnahme bildet die Annexion der Burenrepubliken an das britische Weltreich; diese Ausnahme vollzog sich in Afrika, ist eine Nebenerscheinung der Kolonialpolitik. In Europa haben uns die letzten Jahrzehnte nirgends den dauernden Zusammenschluß verschiedener Nationalstaaten zu einem Gemeinwesen, sondern nur zwei Vorgänge in entgegengesetzter Richtung gebracht: die Spaltung Österreichs in zwei Staaten, von denen der eine, der ungarische, sich immer selbständiger zu stellen wußte, und die Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen. Der letztere Vorgang verwandelte einen Bundesstaat mit 7 Millionen Einwohnern in zwei nationale Kleinstaaten, von denen der eine über 5, der andere über 2 Millionen Einwohner zählt.

Dieses Ereignis, das sich vor zehn Jahren vollzog, beleuchtet deutlich die angebliche Überlebtheit des Nationalstaats und seine Verdrängung durch den internationalen Staatenbund.

Der Gang der Entwicklung, der die Schaffung Mitteleuropas fordern soll, besteht nur in der Phantasie der Verfechter dieses Planes.

## 5. Klasse und Nation.

### a. Die nationale Idee des Proletariats.

Unsere Untersuchung über die Aussichten Mitteleuropas wäre unvollständig, wenn sie rein kritisch und negativ bliebe. Wir haben gezeigt, daß die moderne Entwicklung des Staates nicht die Tendenz hat, den Nationalstaat in einen übernationalen Riesenstaat durch Vereinigung von Nationalstaaten zu verwandeln. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß alle die einzelnen Klassen, die ehedem nach dem Nationalstaat strebten, auch heute noch unverändert daran festhalten, und daß die nationale Idee von den durch die riesenhafte Entwicklung der letzten Jahrzehnte herbeigeführten Wandlungen der Klassen unberührt geblieben sei. Wie stellen sich nun heute die verschiedenen Klassen zur nationalen Idee?

Meine Auffassungen in dieser Frage sind jüngst von marxistischer Seite als unbegründete Neuerung abgelehnt worden. Und doch sind sie nicht von heute. So habe ich zum Beispiel vor bald zwanzig Jahren, im Januar 1898, in der Neuen Zeit einen Artikel über den »Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Österreich« veröffentlicht, in dem ich die Wurzeln der nationalen Idee bloßlegte. Ich sagte dort:

Die moderne nationale Idee, deren Aufschwung in ganz Europa das Aufkommen des modernen Staates begleitet, ist nicht ein bloßer Betrug oder eine Hallu-

zination, wie ein Kritiker des »zu einseitig materialistischen« Marxismus behauptet, sondern tief in den Bedürfnissen der Völker begründet. Namentlich scheinen uns drei Faktoren bei ihrer Entwicklung wirksam zu sein: einmal das Bedürfnis der Bourgeoisie, der Warenproduzenten überhaupt, sich den inneren Markt zu sichern und den äußeren möglichst zu erweitern, was zur Abschließung nach außen und zum Zusammenschluß gegen die gemeinsamen auswärtigen Konkurrenten führt. Diesem Bedürfnis kann der Nationalstaat am besten entsprechen. Aber wo innerhalb eines Staates verschiedene Nationen zusammenwohnen, da ersetzen die Sprachgrenzen einigermaßen die Zollgrenzen; ist doch die Sprache das wichtigste Mittel des Verkehrs. Der Zusammenschluß und die Erweiterung des Sprachgebiets und die Ausschließung der fremdsprachigen Konkurrenz aus diesem können da für die Sicherung des inneren Marktes ebenso wichtig werden wie anderswo die Selbständigkeit und die Größe des Nationalstaats.

Eine zweite Wurzel der modernen nationalen Idee ist das Streben nach politischer Freiheit, nach der Demokratie, dessen ökonomische Bedingungen wir hier nicht darzulegen haben, das aber in allen modernen Kulturstaaten im Laufe unseres (des neunzehnten) Jahrhunderts kraftvoll erstanden ist. Es bedeutet das Streben nach völliger Souveränität des Volkes, das seine Geschichte frei bestimmen will und jedem äußeren Zwange widerstrebt, sei er von einer Person, einer Klasse oder einer anderen Nation geübt.

Als dritte Wurzel der modernen nationalen Bestrebungen erscheint uns die Verbreitung literarischer, nationaler Bildung in den Volksmassen. Das ist im wesentlichen eine dem neunzehnten Jahrhundert eigentümliche Erscheinung. Vorher finden wir, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, eine Volkspoese und ein gewisses Volkswissen, die auf mündlicher Tradition beruhen und die lokale Abgeschlossenheit der einzelnen Dorf- und Stadtgemeinden nicht überwinden. Und daneben eine Literatur, die das Privilegium einer aristokratischen Minderheit und dem Volksleben so fremd ist, daß sie eine Zeitlang sich fremder Sprachen bedient und vorwiegend internationalen Charakter trägt. Das Lateinische, dem später stellenweise das Französische auch außerhalb Frankreichs als Literatursprache folgt, wurde schließlich durch nationale Sprachen in der Literatur, die mehr nationalen Charakter annahm, verdrängt, aber nur innerhalb großer Nationen mit einer entwickelten Bourgeoisie. Kleine und namentlich ökonomisch rückständige Nationen waren außerstande, ihr Geistesleben auf die Höhe einer eigenen Buchliteratur zu heben, für die sie weder die Autoren noch die genügende Anzahl Leser zu liefern vermochten.

Im neunzehnten Jahrhundert ist die Schulbildung der Massen eine ökonomische Notwendigkeit geworden, und das ökonomische wie das politische Leben zwingt die Massen, sich auf weiteren Gebieten untereinander zu verständigen, sich über weitere Gebiete aufzuklären. Neben der Buch- ersteht die Zeitungsliteratur, und beide dringen in immer weitere Kreise des Volkes. Damit erhalten auch die kleineren Nationen die Grundlage für eine eigene Literatur, in erster Linie einer Zeitungsliteratur, die ja qualitativ oft recht fragwürdiger Natur ist, die aber doch den Boden für höhere Formen einer originellen, nationalen Literatur vorbereitet und die den Massen das Gefühl ihrer sprachlichen Zusammengehörigkeit und ihrer nationalen Besonderheit erst recht zum Bewußtsein bringt.

Alle diese Wurzeln der modernen nationalen Bewegungen gründen tief in den Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft. (XVI, 1, S. 517.)

Jeder der hier dargelegten drei Faktoren der modernen nationalen Idee wird von einer anderen Klasse getragen. Der erste von den Kapitalisten, der zweite von den arbeitenden Klassen, der dritte von den Intellektuellen. Jede dieser Klassen steht in einem besonderen Verhältnis zur nationalen Idee und gibt ihr einen besonderen Charakter.

Das nationale Empfinden der arbeitenden Klassen kommt gleichzeitig auf mit ihrem Interesse an der Staatspolitik oder, richtiger gesagt, es ist ein Teil davon überall dort, wo die nationale Selbständigkeit oder Zusammengehörigkeit Hindernisse findet. Die Massen streben nicht bloß nach demokratischen Rechten, sondern auch nach der Möglichkeit, sie anzuwenden. Die ist ihnen dort von vornherein versagt, wo die Sprache des Staates und der politischen Tätigkeit nicht die ihrige ist. Soll die Demokratie zur Verwirklichung kommen, so muß die Volkssprache auch die Staatsprache sein. Das ist nur möglich im Nationalstaat. Er gehört zu den Zielen der demokratischen Bestrebungen, wo er nicht bereits vor dem Aufkommen der Demokratie verwirklicht worden ist.

Wie so manches andere Ideal findet auch dieses nicht überall seine vollstündige Verwirklichung. Wir haben bereits gesehen, daß es in manchem Nationalitätenstaat Nationen gibt, deren geographische Lage sowie historisch gewordene Existenzbedingungen ihr Gedeihen in einem selbständigen Nationalstaat sehr erschweren würden. Da bleibt ihnen als Surrogat nur die Gewinnung nationaler Autonomie innerhalb des Nationalitätenstaats übrig, dem sie bisher angehörten. Das bedeutet aber weder ein Aufgeben der allgemeinen Tendenz nach nationaler Selbständigkeit, noch eine Widerlegung der Tatsache, daß diese nur im Nationalstaat vollkommen durchführbar ist. Wir müssen uns davor hüten, in der Not des rückständigen Ostens eine Tugend zu sehen, die der Westen nachzuahmen hätte; seine Eigentümlichkeiten als höhere Entwicklungsformen aufzufassen, die dem Westen den Weg zeigen. Das Märchen vom versauften Westen, der durch die überlegenen Methoden des Ostens regeneriert wird, hat im letzten halben Jahrhundert die verschiedensten Auflagen und Variationen erlebt, ist aber dadurch nicht richtiger geworden.

In dem Verlangen nach nationaler Selbständigkeit erschöpfte sich das nationale Bedürfnis der Arbeiterdemokratie. Was sie bei einem Volke für sich verlangte, das war sie bereit, der Demokratie jedes anderen Volkes zu gewähren. Ja, die Demokratie hier wurde durch die dort wesentlich gestützt. War die Demokratie überall errungen, überall die Selbständigkeit der Völker anerkannt, dann war jedes in gleicher Weise gesichert, mochte es groß oder klein sein. Keine Nation brauchte auf Kosten der anderen zu wachsen, keine bedrohte dann die andere, das Zeitalter des ewigen Friedens kam um so näher, je allgemeiner die Demokratie verbreitet war. Eine Wehrmacht brauchte ein demokratischer Staat nur noch zur Abwehr von Angriffen von Staaten, die noch nicht zur Demokratie gelangt waren. Dazu genügte die Miliz. Dies der Gedankengang der Demokratie im größten Teil des vorigen Jahrhunderts.

Die enge Verbindung der Demokratie mit dem Streben nach nationaler Selbständigkeit machte die absoluten Regierungen der ersten Hälfte jenes Jahrhunderts gegen die nationalen Tendenzen ebenso mobil wie gegen die demokratischen. International verbündeten sich die Regierungen dagegen, die ersten internationalen Kongresse waren die reaktionärer Regierungen, wie zum Beispiel die von Verona 1822 und Teplitz 1835. Dafür wurde aber auch der Befreiungskampf jeder Nation eine Sache, die nicht nur sie anging, sondern die Demokratie ganz Europas, mochte es ein Kampf der Griechen sein oder der Italiener, der Spanier oder der Ungarn, der Polen

oder der Deutschen. Das Streben einer jeden Nation nach Selbständigkeit wurde eine internationale Angelegenheit.

Der Träger der demokratischen Bewegung waren damals wie heute die arbeitenden Klassen. Darunter sind alle jene zu verstehen, die von eigener Arbeit, nicht von der anderer leben. Unter ihnen aber war zuerst entscheidend das Handwerkertum, das Kleinbürgertum, nicht das Proletariat. So kann man wohl sagen, das Streben nach Selbständigkeit der Nationen sei eine kleinbürgerliche Erbschaft, aber das ist ebenso der Fall mit der Demokratie, mit dem Kampf ums Wahlrecht, um die Pressefreiheit, und mit der Internationalität. Das Proletariat hat dadurch, daß es zu einem selbständigen Klassenbewußtsein und Klassenkampf kam, diese Ziele nicht aufgegeben, es ist vielmehr ihr vornehmster Vorkämpfer geworden, nachdem das Kleinbürgertum sie verraten und sich der bürgerlichen Führung unterworfen hat. Gewiß ist die Internationalität des Proletariats nicht genau die gleiche wie etwa die des »jungen Europa« der dreißiger Jahre, einer internationalen Verbindung deutscher, italienischer, polnischer und französischer Demokraten; sie ist eine innigere dadurch, daß sie zur politischen Solidarität der Demokraten aller Länder gegenüber den reaktionären Regierungen noch die ökonomische der Lohnarbeiter der verschiedenen Länder gegenüber dem Kapital hinzugesellt. So ist auch der Charakter der Sozialdemokratie als Friedenspartei, als Partei der Demokratie ein anderer als der der kleinbürgerlichen Demokratie in ihrem revolutionären Stadium. Aber wir haben deren politische Ziele nur weiter entwickelt und vertieft, nicht fallen gelassen. Das gilt auch von der Idee der Selbständigkeit der Nationen. Sie ist mit unseren demokratischen und internationalen Zielen untrennbar verknüpft und kann nur im Verein mit diesen aufgegeben werden.

#### b. Die nationale Idee der Intellektuellen.

Anderer Art als das nationale Streben der von ihrer Hände Arbeit lebenden Klassen ist das der Intellektuellen. Allerdings bilden diese keine Klasse mit scharf ausgesprochenen Klasseninteressen. Ihre Mitglieder schließen sich leicht anderen Klassen an, deren Interessen sie vertreten, sowohl Kapitalisten wie Aristokraten und wie andererseits Kleinbürgern oder Proletariern. Als solche teilen sie die nationalen Anschauungen der Klasse, deren Kampf sie mitkämpfen.

Je mehr die Schicht der Intellektuellen wächst und ihre Berufe sich sondern, desto weniger wird es in unserer Zeit möglich, sie alle mit ihren so mannigfachen und auseinandergehenden Interessen als besondere Klasse oder Partei zusammenzufassen. Was die katholische Kirche im Mittelalter noch vermochte, wäre heute ausgeschlossen.

Aber bei aller Verschiedenheit der beruflichen Interessen haben sie doch fast alle, mit Ausnahme der bildenden Künstler und der Musiker, das gemein, daß die Sprache das Werkzeug ihrer Arbeit, gewissermaßen ihr Produktionsmittel ist. Dadurch bekommen alle Fragen der Sprache für sie besonderes Interesse, über das der Demokratie hinaus. Auch wo nicht die Teilnahme an kleinbürgerlichem oder proletarischem Streben nach Demokratie die Sprachenfrage für sie wichtig macht, wo bloß persönliches Interesse sie bewegt, ist die Sprache für sie von entscheidender Bedeutung. Das

Demokratie und der nationalen Selbständigkeit gerichteten Revolutionen in anderer Weise abschlossen, als die Demokraten erwartet hatten. Damit ist auch die Idee der Vereinigten Staaten von Europa in Vergessenheit geraten. Heute aber, wo von bürgerlicher Seite die Idee des übernationalen mitteleuropäischen Staates propagiert wird, ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, welchen Charakter der von der Arbeiterdemokratie gedachte übernationale Staat besaß. Dies Ideal hat mit dem jetzt geplanten Mitteleuropa absolut nichts gemein.

Wir haben gesehen, wie die Intellektuellen überall von dem Streben nach Ausdehnung ihrer Nation besesselt sind. Dies wird in dem Maße stärker, in dem die modernen Bildungsanstalten mehr Intellektuelle erzeugen, die unter den gegebenen Verhältnissen im überlieferten Rahmen der Nation keine Unterkunft finden. Ihn zu erweitern, scheint ihnen daher von einem gewissen Höhepunkt der Entwicklung an geboten. Das war nicht leicht in Europa während des Friedens. Die benachbarten Nationalstaaten setzten jeder Ausdehnung einer Nation ein schweres Hindernis entgegen nicht nur durch den kriegerischen Widerstand, den sie erwarten ließen, sondern noch mehr nach dessen Überwindung durch den fast unbesiegbaren politischen Widerstand, den ein Volk, das sich gewöhnt hat, am Staatsleben tatkräftig teilzunehmen, jeder Fremdherrschaft entgegensetzt.

Weit geringer erschienen die Widerstände, die von politisch rückständigen Völkern zu erwarten waren, in denen die Massen noch nicht zu selbständigem nationalem Leben erwacht sind. Die koloniale Eroberungspolitik schien für das Ausdehnungsstreben der Intellektuellen auf der Linie des geringsten Widerstandes zu liegen, um mit Oppenheimer zu sprechen. Daher die imperialistische Begeisterung der Intellektuellen. Wie illusionär sie ist, wie wenig der Imperialismus ihnen helfen kann, wie viel wertvoller für sie eine Kulturpolitik im eigenen Lande wäre, die die materiellen und geistigen Vorbedingungen sozialistischer Produktion förderte, habe ich in der Neuen Zeit in meinem Artikel über »Bismarck und der Imperialismus« auseinandergesetzt, auf den ich verweise.

Indes, wie verkehrt auch das imperialistische Streben der Intellektuellen sein mag, es ist ökonomisch tief begründet und daher sehr stark, eine der »Realitäten« der Politik, die man in Rechnung zu ziehen hat.

Ganz und gar nicht im Sinne der Intellektuellen ist dagegen das Streben nach Herstellung eines europäischen »Freistaatenbundes«, einer »Eidgenossenschaft der Völker«, das aus der Arbeiterdemokratie entsprang. Sie mochten sich damit abfinden in der Zeit, als der Kampf um politische Freiheit auch die bürgerliche Demokratie noch beschäftigte und von einer Überproduktion an Intelligenz nicht die Rede war. Heute verlangen sie nicht nach der Annäherung, sondern nach der Abschließung der Völker voneinander. Denn deren Annäherung, das Fallen der Grenzen zwischen ihnen, bringt die Gefahr mit sich, daß die eine oder die andere Sprachgrenze zuungunsten der einen oder der anderen Sprache verschoben wird, und ein Bund gleichberechtigter Völker verleiht keiner der Nationen ein staatliches Übergewicht über die andere, das ihr gestatten würde, das Anwendungsgebiet ihrer eigenen Intellektuellen auf Kosten der übrigen Bundesteilnehmer auszudehnen.

Von dieser Art »übernationalem Staat« wollen daher die heutigen Intellektuellen nichts wissen. Sie weisen ihn entschieden ab. Der »übernationale

Staat«, den sie wollen, ist der imperialistische, den wieder das Proletariat ablehnen muß — wo es auf eigenen Füßen steht. Es führt daher zur schlimmsten Verwirrung, zu jener Nacht, in der alle Käsen grau sind, wenn man die beiden gegensätzlichen Tendenzen in gleiche dadurch verwandelt, daß man sie beide als die Tendenz nach demselben »übernationalen Staat« behandelt.

Wohin gehört aber dann das Streben nach Schaffung eines Mitteleuropas? Es wird verständlich, wenn wir uns der Rolle erinnern, die in der modernen Kolonialpolitik die »Einflußsphären« spielen. Eine direkte Annexion erregt unliebsames Aufsehen. Um das zu vermeiden, zieht man oft die Politik der »Aushöhlung« vor, und die bewährt sich allerdings in Fällen, in denen es nicht darauf ankommt, den herrschenden Klassen, sondern den Massen Sand in die Augen zu streuen. Man verständigt sich ohne viel Geschrei mit den übrigen Interessenten darüber, daß einem dieses oder jenes Gebiet zu ausschließlicher oder doch vornehmlicher Ausbeutung und »friedlicher Durchdringung« ausgeliefert wird. So grenzten Rußland und England ihre Einflußsphären in Persien ab, Rußland betrachtete die Mandschurei und Mongolei als seine Einflußsphäre, Frankreich Marokko usw. Das alles ging ohne jede Annexion und Veränderung der Landkarte vor sich.

Der Krieg bietet nun die Anregung, dies System aus Asien und Afrika nach Europa zu übertragen. Und wesentlich in diesem Sinne fassen Naumann und seine Anhänger die Idee Mitteleuropas auf. Es ist eine Anpassung des Systems der Einflußsphären auf europäische Verhältnisse.

Naumann sagt darüber:

Solange uns also die Sonne noch leuchtet, müssen wir den Gedanken haben, in die Reihe der Weltwirtschaftsmächte erster Klasse einzutreten. Dazu gehört die Angliederung der anderen mitteleuropäischen Staaten und Nationen. Diese nun haben, abgesehen von den deutschen Stammesgenossen, die in Oesterreich und Ungarn leben, kein eigenes direktes Interesse daran, daß gerade wir Deutschen im oberen Räte der Weltgeschichte sitzen. Es ist von ihnen nicht zu verlangen, daß sie unsere Geschichtszüge teilen, denn in ihnen pulsiert ein Herz aus anderem Geschlecht und Stoff. Sie legen sich von ihrem Standpunkt aus die Frage vor, ob sie in der Wahl zwischen deutscher oder russischer oder englischer Führung zum deutschen Weltverband gehören wollen oder nicht. (S. 177, 178.)

Und vorher schon sagt Naumann:

Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein, wird von selbst die deutsche Welt- und Vermittlungssprache gebrauchen, muß aber vom ersten Tage an Nachgiebigkeit und Biegsamkeit gegenüber allen mitbeteiligten Nachbarnsprachen zeigen. (S. 101.)

Man sieht, dieser übernationale Staat ist etwas ganz anderes als jene »Vereinigten Staaten von Europa«, die vor einem halben Jahrhundert die Arbeiterdemokratie beschäftigten.

Wir haben gesehen, daß der »Vorbofe« den von der Internationale angestrebten Staatenbund als einen »Bund ebenbürtiger Glieder, die Eidgenossenschaft gleich freier Gemeinkörper« bezeichnete. Er fuhr fort:

Keine Nation darf ein anderes Übergewicht ausüben können als solches, welches ihr durch ihr Wissen und Vollbringen, ihre intellektuelle und materielle Leistung bei den Schöpfungen des Friedens zuerkannt wird.

Auch der kleinsten Nationalität muß eine freie und selbständige Existenz allzeit gesichert sein.

Die Eidgenossenschaft der freien Völker sollte aber auch unbegrenzter Erweiterung fähig sein. Wenn erwartet wurde, in ihr würden sich zunächst nur die Staaten Westeuropas zusammensuchen, so ging man dabei von der Annahme aus, daß diese einander in der Höhe politischer und ökonomischer Entwicklung am nächsten ständen und als Nachbarn zu vereinigter Lösung vieler Aufgaben besonders befähigt seien. Aber der Fortgang des politischen und ökonomischen Fortschritts mußte immer wieder neue Völker dem Freistaatenbund zuführen.

Ganz anders als diese Erwartungen sind die Aufgaben, die dem neu zu bildenden Mitteleuropa gestellt werden. Es soll dessen Staaten nicht nur zusammenschließen unter deutscher Führung, sondern auch abschließen gegen die weiteren Nachbarn, gegen Rußland und England. Das ist sogar seine wichtigste Aufgabe.

In den Kleinstaaten besteht nicht das mindeste Verständnis dafür — gerade unter jenen, denen angeblich durch den übernationalen Staat am meisten geholfen werden soll, weil sie am meisten unter ihrer ungenügenden Ausdehnung und Kraft leiden.

Bezeichnend ist ein Artikel über »Mitteleuropa und die Schweiz«, den der Schweizer Genosse Nationalrat S. Sigg in der »Wiener Arbeiterzeitung« vom 26. November veröffentlichte. Er äußert sich dort dem Gedanken einer »neuen überstaatlichen Verbindung«, der auch die Schweiz einzufügen wäre, sehr geneigt. Die Kleinstaaten könnten dabei nur gewinnen. Aber der Gedanke, daß sie Anhängel eines deutsch-österreichischen Bundes werden sollen, will ihm nicht behagen. Er meint:

Der Plan, eine überstaatliche Organisation für ganz Europa zu schaffen oder doch wenigstens für Mitteleuropa mit Einschluß Englands, scheint dem einer bloßen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns weit überlegen, weil er nicht wie dieser die wirtschaftlichen Entwicklungslinien der einzelnen Länder bei seiner Ausführung kreuzt, sondern für alle Vorteile bringt und das geeinte Europa schafft, das allein dereinst dem Ansturm der vom Kapitalismus aus vielhundertjährigem Schlummer zu weckenden Völker des Ostens zur Erhaltung seiner Kultur widerstehen kann.

Einem solchen überstaatlichen Bund könnte sich auch die älteste Republik Europas voll Vertrauen nähern.

Sicher. Das Gleichgewicht der großen Nationen in ihm böte den kleinen Schutz gegen Vergewaltigung durch die eine oder die andere. Aber der von Sigg gewünschte überstaatliche Bund wäre das gerade Gegenteil des Zieles der Mitteleuropäer, das sich direkt gegen England richtet. Im wesentlichen deckt sich Siggs Vorschlag mit den »Vereinigten Staaten von Europa« der sechziger Jahre, wenn man abfieht von der nicht ganz verständlichen kriegerrischen Note, die Sigg gegen den Orient anschlügt, demgegenüber die Völker Europas ihre heiligsten Güter wahren sollen. Bisher hat nur Europa die chinesische und die indische Kultur bedroht, vom Gegenteil war nichts zu merken. Es spricht aber auch nichts dafür, daß Indien, China, Japan und die Länder des Islams jemals daran gehen werden, gemeinsam Europa mit Krieg zu überziehen, wenn sie unter dem Einfluß des Kapitalismus einmal erstarkt und zu selbständigem kriegerischem Auftreten geeignet sein werden. Sie dürften dann untereinander ebenso gespalten sein, wie es Europa bisher war und wahrscheinlich bleiben wird, so lange kapitalistische Interessen es beherrschen. Auf jeden Fall braucht diese ferne asiatische Zukunft unser heu-

tiges Verlangen nach der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa nicht zu beeinflussen. Wir bedürfen ihrer nicht, um Asien den Krieg zu machen, sondern um Europa einen dauernden Frieden zu erhalten.

Das geplante Mitteleuropa würde jedoch dazu nicht taugen. Mehr noch wie als Friedensinstrument ist es als Kriegsinstrument gedacht. In Naumanns Buch spielt die Schützengrabengemeinschaft eine ebenso große Rolle wie die Handelsgemeinschaft. Er fordert allen Ernstes, das neue mitteleuropäische Gemeinwesen solle nach Ost und West schon im Frieden durch Schützengräben scharf von den Nachbarstaaten geschieden werden:

Man denke nicht, daß am Schlusse dieses Krieges schon das lange Jubeljahr des ewigen Friedens beginnt... Der Schützengrabens wird die Grundform der Vaterlandsverteidigung sein. Die Politik des Schützengrabens besteht darin, daß jeder Staat sich ausrechnet, welche Grenzen er in Schützengrabenzustand versehen kann oder nicht... Nach dem Kriege werden Grenzverschanzungen überall dort errichtet werden, wo Kriegsmöglichkeiten vorliegen. Neue Römerwälle entstehen, neue chinesische Mauern aus Erde und Stacheldraht... Europa bekommt zwei lange Wälle von Norden nach Süden, von denen der eine irgendwie vom Unter- rhein bis zu den Alpen geht, der andere von Kurland bis rechts oder links von Rumänien... Zunächst müssen die langen Gräben hergestellt, bezahlt, bemant werden. Dabei wird Mitteleuropa entweder hergestellt oder seine Einheit für alle absehbaren Zeiten ausgeschlossen. (S. 7, 8.)

Der Militärstaat muß über die Landesgrenzen der Nationalstaaten hinausgehen und die Schützengrabengemeinschaft umfassen. (S. 254.)

Der übernationale Militärstaat, die Schützengrabengemeinschaft, durch Gräben, Stacheldrähte und Maschinengewehre abgeschlossen nach Ost und West — das sind die Vereinigten Staaten Europas, die heute von unseren Intellektuellen geträumt werden.

#### d. Die nationale Idee der Kapitalisten.

Eng mit dem nationalen und übernationalen Streben der Intellektuellen berührt sich das der Kapitalisten. Doch fällt es nicht ganz mit ihm zusammen. Denn das Reich des Profits deckt sich nicht mit dem der Sprache.

So wie Intellektuelle und auch Arbeiter sind die Kapitalisten an der Selbständigkeit ihrer Nation und am Nationalstaat interessiert. Sie müssen sich überall dagegen wehren, von der Beherrschung des Staates, in dem sie leben und ihre Unternehmungen liegen, durch Kapitalisten einer anderen Nation ausgeschlossen oder auch nur zurückgedrängt zu werden. Wo die Bürokratie die Entwicklung der Produktivkräfte einengt, gewinnen die Kapitalisten auch ein gewisses Interesse an politischen Freiheiten.

Aber sie legen keineswegs in gleicher Weise wie die Intellektuellen den größten Wert darauf, daß die Arbeiterschaft zu ihrer Nationalität gehört. Entscheidend ist für sie der Mehrwert, den der Arbeiter produziert, nicht die Sprache, die er spricht. Der Fremdsprachige ist ihnen oft willkommener, wenn er billiger ist, größeren Mehrwert produziert. Sie fördern unter Umständen mit allen Mitteln jene Zuwanderungen fremder Arbeiter, die die Sprachgrenzen zu verschieben drohen und die Intellektuellen ihrer Nation zur Verzweiflung treiben.

Der fremde, zum Beispiel tschechische Arbeiter wird freilich, wenn er des Deutschen nicht mächtig ist, in einem gemischtsprachigen Orte nicht bloß den Arzt und Advokaten der eigenen Nation bevorzugen, sobald er seiner Hilfe bedarf, sondern auch als Konsument den Kaufmann und Gastwirt am

liebsten auffuchen, der seine Sprache spricht. Andererseits werden nicht bloß der tschechische Arzt und Advokat, sondern auch der tschechische Kaufmann und Gastwirt in einem von Tschechen und Deutschen bewohnten Ort es ungern sehen, wenn die tschechischen Arbeiter Deutsch sprechen lernen, weil dadurch die Möglichkeit entsteht, daß sie sich der deutschen Konkurrenz zuwenden. In solchen Fällen stimmen die Interessen der Kapitalisten und der Intellektuellen miteinander überein, im Gegensatz zu denen der Arbeiter. Diese gewinnen als Konsumenten, wenn sie beide Sprachen sprechen, weil sie dadurch bessere Auswahl unter den Konkurrenten haben. Sie gewinnen ebenso als Klassenkämpfer, weil sie sich mit ihren anderssprachigen Klassen-genossen besser verständigen können — ganz abgesehen von der Erweiterung des geistigen Horizonts, die jeder Mensch durch das Erlernen einer fremden Sprache gewinnt.

Indes sind die hier erwähnten Profitinteressen, so großen Einfluß in den Kämpfen der Nationen sie gewinnen mögen, vorwiegend die Interessen kleiner Kapitalisten. Für das große Kapital kommen sie wenig in Betracht.

Übereinstimmend mit den Intellektuellen trachtet auch das Kapital nach ständiger Ausdehnung seines Marktes. Dazu gehört von einem gewissen Höhegrad der Entwicklung an das Streben nach Ausdehnung des Staatsgebiets. So begegnen sich die imperialistischen Neigungen der Intellektuellen mit denen der Kapitalisten.

Aber wie so manches andere kapitalistische Streben bewegt sich auch dieses in starken Widersprüchen.

Denn das Kapital bedarf zu seiner Entwicklung von Anfang an nicht nur des inneren, sondern auch des äußeren Marktes. Es sucht auf diesem wie auf jenem seinen Absatz auszudehnen, und zeitweise kann die Vergrößerung des auswärtigen Marktes wichtiger werden als die des inneren. Die Methoden der Ausdehnung sind aber auf dem äußeren Markte ganz andere als auf dem inneren, die einen stehen oft geradezu im Widerspruch zu den anderen. Die einen können den Schutzzoll erheischen, die anderen den Freihandel. Die Erweiterung des inneren Marktes durch imperialistische Erweiterung des Staatsgebiets bringt Kriegsrüstungen, Kriegsgefahr, mitunter Kriege mit sich. Die Behauptung und Ausdehnung des Absatzes auf dem Weltmarkt bedarf des Friedens und billiger Produktionsbedingungen, also geringer Steuern. Dafür bedeuten wieder auf dem inneren Markte wachsende Kriegsrüstungen wachsenden Absatz der Kriegsindustrien usw.

So ist die Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie durchaus keine einheitliche; je nachdem die einen oder anderen Interessen in ihr überwiegen, ist sie in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden. Die Profitinteressen können dabei mit jenen nationalen Interessen zusammenfallen, die von den Intellektuellen verfolgt werden, können sich aber auch von ihnen entfernen. Wenn zum Beispiel in einem Nationalitätenstaat die Industrie einer Nation auf den inneren Markt des Gesamtstaats eingrichtet ist, wird sie das Streben nach Ablösung ihrer Nation von diesem Staat und ihre Organisierung in einem selbständigen kleineren Staat sicher bekämpfen, auch wenn die Intellektuellen noch so sehr dafür schwärmen mögen. Für manchen Nationalitätenstaat kann dies ein sehr starkes Band werden.

Auf der anderen Seite ist die Kapitalistenklasse eines Landes auch nicht geneigt, die Herrschaft über den inneren Markt, den sie einmal besitzt, da-

durch zu verlieren, daß ihr Staat mit einem anderen gleichberechtigten oder gar überlegenen in einer höheren staatlichen Gemeinschaft aufgeht. Nur wo sie auf dem Boden des Freihandels steht, könnte sie unter Umständen dazu kommen, die Gemeinschaft ihres Staates mit einem anderen Staate für vorteilhaft zu halten.

Nicht nur die Sprachgemeinschaft, sondern auch der Freihandel des führenden Staates gehört zu den Banden, die den britischen Staatenbund zusammenhalten.

Das Profitinteresse, das sich auf dem inneren Markt ganz anders gestaltet wie auf dem äußeren, treibt das Kapital einmal zu einem Nationalismus, der ebenso aggressiv und exklusiv ist wie der des bornierten Teils der Intellektuellen. Unter anderen Umständen kann dasselbe Interesse die Kapitalisten zu Freihandel und Frieden und Annäherung der Völker treiben.

In letzterem Falle können die nationalen und internationalen Tendenzen der Kapitalisten manche Berührungspunkte mit den Tendenzen der Arbeiterdemokratie bekommen. Aber bei jenen ist bloß eine Phase, eine vorübergehende, von bestimmten Bedingungen abhängige Erscheinung, was bei den Arbeitern aus ihrer Klassenlage als dauernde Tendenz hervorgeht und daher immer wieder durchbricht, auch wenn zeitweise Katastrophen ihr selbständiges Denken verdunkeln mögen.

Unter besonders günstigen Umständen mögen selbständige kapitalistische Staaten heute schon freiwillig zu einer engeren Verbindung gelangen können. Aber das wäre nur möglich auf der Basis des Freihandels und der Demokratie.

Wo und solange in der Kapitalistenklasse die imperialistischen Tendenzen überwiegen, ist die Zusammenfassung souveräner Staaten zu einem Bund freier Staaten auf der Basis voller Gleichberechtigung aller unmöglich, wird das Streben eines Großstaats nach einem Staatenbund nur als Deckmantel imperialistischer Gelüste nach Gewinnung neuer Einflußsphären dienen, wogegen sich die kleineren Staaten auf das lebhafteste sträuben werden, gerade diejenigen, denen durch das Aufgehen in einem größeren Organismus geholfen werden soll.

Andererseits stößt ein Zollbündnis zweier Großstaaten, die beide auf der Basis des Schutzzolls stehen, auf die größten Schwierigkeiten, und es würde, wenn es gelänge, sie zu überwinden, was nicht wahrscheinlich ist, noch größere Schwierigkeiten bei der Regelung des Handelsverkehrs mit den übrigen Mächten herbeiführen. Welche Hindernisse einem Bunde — nicht bloß Bündnisse des Deutschen Reiches — mit Österreich im Wege stehen, dafür haben wir schon zahlreiche Belege vorgeführt. Diese Schwierigkeiten werden immens wachsen, sobald es gelten sollte, die Idee aus dem Nebel vager Erwartungen in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Daß Mitteleuropa als fester Staatenbund von den heute maßgebenden Faktoren verwirklicht wird, daran ist gar nicht zu denken. Trotzdem können wir dieser Idee gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Denn sie hat äußerlich einige Ähnlichkeit mit jenem Ziele des internationalen Freistaatenbundes, das aus dem Wesen der proletarischen Internationale von selbst hervorgeht, wenn es auch nicht ausdrücklich von ihr proklamiert wird.

Die Ziele und Tendenzen, denen die mitteleuropäische Idee dient, sind aber solche, die den proletarischen widersprechen. Durch die äußerliche Ähn-

lichkeit Mitteleuropas mit der »Eidgenossenschaft freier Gemeinkörper« kann daher bewirkt werden, daß das Proletariat Zwecken dienstbar gemacht würde, denen es sich widersetzen müßte, sobald es sie zu erkennen vermöchte. Der mitteleuropäische Staatenbund wird jetzt nicht erreicht werden. Aber es genügt, daß die Proletarier Deutschlands und Österreichs sich anschicken, den Weg dahin einzuschlagen und der bürgerlichen Führung nachzugehen, um sie in den wichtigsten und entscheidendsten Momenten der kommenden Geschichte von ihren eigenen, dringenden Aufgaben abzulenken und dem internationalen Gesamtzusammenhang des Proletariats zu entziehen.

Im Glauben, der Annäherung der Völker zu dienen, würden sie die Abschließung ihres Volkes von den Nachbarn im Osten und Westen fördern; sie würden glauben, Zollmauern zu erniedrigen oder niederzureißen und in Wahrheit höhere schaffen und Zollkriege herbeiführen helfen. Und während sie in der Wahrung des Völkerfriedens eine ihrer höchsten Aufgaben sehen, könnten sie nur zu leicht das Aufkommen neuer Kriegsurursachen unterstützen.

Und darum muß sich das Proletariat zur Idee eines mitteleuropäischen Staatenbundes ablehnend verhalten, solange Träger des aggressiven und exklusiven Nationalismus, solange Imperialisten und Schutzzöllner ihre Verfechter sind und nur mit ihnen diese Idee zu verwirklichen wäre.

Die gegenwärtige Phase des Imperialismus braucht nicht die letzte Erscheinungsform des Kapitalismus zu sein. Marx sagt einmal im »Elend der Philosophie«, daß die Konkurrenz das Monopol erzeugt und das Monopol die Konkurrenz. Die Entwicklung vollzieht sich nicht gradlinig, sondern dialektisch, das heißt in Gegensätzen.

So hat der Merkantilismus den Freihandel erzeugt und dieser den Imperialismus. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diesem wieder eine neue Ara des Kapitalismus unter Bedingungen folgt, die einen Staatenbund, wie den mitteleuropäischen, auf der Basis freiwilligen und freudigen Beitritts seiner Mitglieder möglich machen und sein dauerndes und erspriessliches Funktionieren sichern würden.

Diese Möglichkeit ist aber noch eine sehr vage, unbestimmte, nicht einmal sehr wahrscheinliche. Sie hat uns in der Gegenwart nur insoweit zu beeinflussen, als sie uns mahnt, die Idee der »Vereinigten Staaten von Europa« oder auch nur von Mitteleuropa nicht grundsätzlich abzuweisen, da auch noch innerhalb der kapitalistischen Periode die Zeit kommen mag, wo wir sie zu vertreten haben.

Was uns heute unter diesem Titel angeboten wird, ist dagegen entschieden zurückzuweisen.

## 6. Nation und Sozialismus.

Sollte der mitteleuropäische Staatenbund je zu seiner Verwirklichung gelangen, so könnte er nur ein Übergangsstadium sein. Denn dieselben Tendenzen, die allein ihn zu schaffen vermöchten, müßten nach seiner festen Erweiterung in der Richtung eines Weltbundes drängen. Und er könnte nur durchgesetzt werden in einer Zeit, in der das Proletariat bereits sehr erstarkt ist und nahe vor seinem völligen Triumph steht.

In einer sozialistischen Gesellschaft müßten aber die nationalen und internationalen Probleme eine ganz neue Gestaltung annehmen.

Wir haben gesehen, wie verschiedene Klassen, die Kapitalisten, die Intellektuellen, die Proletarier verschiedene Arten nationaler Politik entwickeln. In einer sozialistischen Gesellschaft würde mit dem Verschwinden der Kapitalisten und der besonderen Klassenlage der Intellektuellen auch ihr aggressiver und exklusiver Nationalismus aufhören.

Daß die Klasse der Kapitalisten — nicht ihre Personen — in einer sozialistischen Gesellschaft aufhört, zu fungieren, versteht sich von selbst. Aber auch die Intellektuellen werden als besondere gesellschaftliche Klasse dort keinen Nachwuchs mehr haben. Jeder Arbeiter wird in dieser Gesellschaft die materiellen Mittel sowie die Muße finden, sich eine höhere allgemeine Bildung anzueignen. Diese Bildung hört auf, das Privilegium einer besonderen Klasse darzustellen, damit verliert auch die gesellschaftliche Bevorzugung der Intellektuellen ihre Grundlage. Fällt diese, verbessern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen und das gesellschaftliche Ansehen der Handarbeiter in dem Maße, daß ihre Berufe ebenso anziehend sind wie die der Intellektuellen, dann wird sich der Zudrang zu den letzteren auf jene reduzieren, die dazu besonders veranlagt sind. Die neue Generation wird wahrscheinlich, schon aus pädagogischen wie hygienischen Rücksichten, zu Handarbeit in gleicher Weise wie zu Kopfarbeit erzogen werden und die neue Produktionsweise auf einer Kombination beider beruhen. Es ist noch nicht abzusehen, inwieweit die berufliche Scheidung der Kopf- und Handarbeiter dabei weiterbestehen wird. Ihre Trennung als gesonderte soziale Klassen nimmt ein Ende.

Ist die privilegierte Stellung der Kapitalisten und der Spracharbeiter verschwunden, so hören damit die nationalen Gegensätze auf, denn in dem Bedürfnis nach nationaler Selbstverwaltung, das übrigbleibt, liegt nichts, das eine Nation in Gegensatz zur anderen bringen könnte. Die aus der modernen Weltwirtschaft hervorgehenden Notwendigkeiten internationalen Zusammenarbeitens in geistiger und materieller Produktion können dann völlig ungehindert auf immer engere Verbindung der Nationen hinwirken.

Der Bund der Völker und damit der ewige Friede wird so nicht nur möglich, sondern auch auf völlig sichere Basis gestellt.

Wir müssen auf diesen Frieden schon in der heutigen Gesellschaft hinarbeiten, und wir brauchen ihn durchaus nicht als undurchführbare Utopie zu verhöhnern. Indes selbst wenn es gelingen sollte, tatsächlich zu erreichen, daß der jetzige Krieg der letzte ist, wäre der Friede doch immer nur ein prekärer, denn starke Tendenzen, die immer wieder neue Kriege erzeugen können, bleiben bestehen, solange es einen Kapitalismus gibt, und es wird von Machtverhältnissen, die sich nicht im voraus erkennen lassen, abhängen, ob es in jedem Falle gelingen wird, der Kriegsurursachen Herr zu werden. Es ist höchst überflüssig, ja direkt schädlich, von vornherein zu erklären, unsere Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens müßten auch in der Zukunft immer wieder unterliegen, solange es keinen Sozialismus gebe. Wir haben vielmehr alles aufzubieten, sie schon in der heutigen Gesellschaft möglichst kraftvoll zum Ausdruck zu bringen. Andererseits wäre es aber höchst voreilig, wollten wir uns für eine Sicherung des Friedens verbürgen, solange es einen Kapitalismus gibt.

Erst in einer sozialistischen Gesellschaft hört die Erhaltung des Weltfriedens auf, etwas zu sein, um das gerungen werden muß, das von wech-

selnden und unberechenbaren Machtverhältnissen abhängt. Erst in ihr wird er zu einer selbstverständlichen Konsequenz des bestehenden Gesellschaftszustandes selbst.

Dahin wirkt nicht nur das Aufhören der Kapitalisten und Intellektuellen als besondere Gesellschaftsklassen und damit die Aufhebung der nationalen Gegensätze, sondern auch die Veränderung im Wesen des Staates.

Solange es verschiedene Klassen gibt, ist der Staat eine Herrschaftsinstitution, ein Organ der Klassenherrschaft. In dem Maße, in dem die Klassenunterschiede verschwinden, hören seine Herrschaftsfunktionen immer mehr auf, und bloß seine verwaltenden bleiben übrig. Diese aber werden gewaltig wachsen. Ob man diesen Prozeß ein Absterben des Staates nennt oder bloß eine Veränderung seines Charakters, ist ziemlich gleichgültig. Der Prozeß selbst wird kaum von einem Sozialisten in Abrede gestellt.

Ändert der Staat seinen Charakter, so wandelt sich auch der seiner Grenzen. Aus der Abgrenzung eines Herrschaftsgebietes werden sie die eines Verwaltungsgebietes. Und da vorauszusehen ist, daß die freien Staaten sich in dieser Produktionsweise in einem internationalen Staatenbund organisieren, hört damit auch die absolute Souveränität der einzelnen Staaten auf. Jeder von ihnen bildet nur noch ein Stück einer großen Gesamtheit, die imstande ist, alle Differenzen zu lösen, die zwischen ihnen noch auftauchen mögen. Welche Gestalt immer sie annehmen, sie werden gegenüber den heute möglichen sehr geringfügig sein. Treten Grenzverschiebungen ein, so wird keine Herrschaftsgewalt mehr dadurch gemindert oder gemehrt, die Sicherheit keines Volkes dadurch beeinträchtigt oder gehoben. Sie werden nicht mehr durch Verschiebungen von Machtverhältnissen hervorgerufen werden, sondern durch Erwägungen administrativer Zweckmäßigkeit, etwa wie heute die Verschiebungen der Grenzen von Gemeinden, die ja innerhalb des Staates keine Herrschaftsinstitutionen mehr sind, außer soweit sie staatliche Aufträge ausführen, sondern nur noch Verwaltungseinrichtungen.

Die Sprachenfragen selbst hören unter diesen Umständen auch auf, Herrschaftsprobleme zu sein, und werden Fragen bloßer Zweckmäßigkeit. Die Frage der Unterrichtssprache wird eine pädagogische, die der Sprache des gerichtlichen Verfahrens eine der Rechtsprechung, die der Straßentafeln eine Frage der Verkehrspolizei usw.

Gleichzeitig wird die Mischung der Nationen durch den internationalen Verkehr sehr gefördert werden.

Freilich, die Auswanderung aus Not wird aufhören. Ehedem fürchteten die Malthusianer, eine sozialistische Gesellschaft müsse an Übervölkerung zugrunde gehen und könnte sich nur vorübergehend durch starke Auswanderung lebensfähig erhalten. Indessen kennen wir das Bevölkerungsgesetz einer sozialistischen Gesellschaft noch nicht, doch weist nichts darauf hin, daß sie eine Vermehrung aufweisen werde, die rascher vor sich geht als das Wachstum der Produktivität der Arbeit infolge des technischen Fortschritts.

Trotzdem wird eine solche Gesellschaft sicherlich, auch wenn nicht Übervölkerung sie treibt, große Verschiebungen in der Bevölkerung vornehmen. Die kapitalistische Produktionsweise, die nur vom Profitinteresse geleitet wird, drängt die Massen an wenigen Punkten zusammen und läßt dafür weite Strecken veröden. Hier einen Ausgleich zu schaffen nach den Erwägungen der Produktivität, der Hygiene, auch der Ästhetik, wird eine so-

zialistische Gesellschaft ebenso befähigt wie gewillt sein. Dieser Prozeß kann große Verschiebungen in den Nationen herbeiführen.

Dabei wird der allgemeine Wohlstand und die Entwicklung der Verkehrsmittel das Reisen und Wandern ungemein erleichtern, das ja heute schon rasch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt anwächst und das Durcheinanderworfeln der Nationen fördert.

Dazu kommt noch ein bedeutames Moment in der höheren Bildung, die durch materiellen Wohlstand und kurze Arbeitszeit der Massen allgemein werden wird.

Zu solcher Bildung gehörte schon im ausgehenden Altertum die Kenntnis wenigstens einer der beiden Weltsprachen jener Zeit, des Lateinischen und des Griechischen. Schon damals hatte sich ein internationaler Kulturkreis gebildet, der später in drei Kreise zerfiel, den der westlichen, lateinischen Christenheit, den der griechischen Kirche und den mohammedanischen, die sich getrennt entwickelten und erweiterten. Jeder der drei bildete seine besondere Kultur, aber diese war keine nationale Kultur. Nichts verkehrter, als die nationalen Unterschiede innerhalb eines jeden dieser Kulturkreise als Unterschiede ihrer Kulturen, die nationale Gemeinschaft unter diesen Umständen als kulturelle Gemeinschaft, nicht als Sprachgemeinschaft aufzufassen.

Die Völker des christlichen Kulturkreises bildeten eine Kulturgemeinschaft für sich, innerhalb deren es natürlich kulturelle Abfaltungen gab, die jedoch innerhalb einzelner großer Nationen mitunter weit schroffer wurden als zwischen benachbarten Gebieten verschiedener Nationalität.

Die internationale Gemeinschaft dieses Kulturkreises äußerte sich in dem Fortleben der ihm überlieferten Weltsprache, des Lateinischen, für seine Kulturzwecke. Jeder Gebildete verstand sie.

Die Innigkeit und Gemeinsamkeit der europäischen Kultur hat seit dem Mittelalter nicht abgenommen, sich vielmehr vergrößert, aber im Fortgang der ökonomischen Entwicklung hörte die mit der Kenntnis des Lesens und Schreibens verknüpfte Bildung auf, das Privilegium einer kleinen Kaste zu sein. Immer weitere Volksschichten nahmen daran teil. So trafen, trotz des wachsenden internationalen Verkehrs, an Stelle der einen Weltsprache der Gebildeten immer mehr die Volkssprachen, zunächst nur für Zwecke der schönen Literatur und der Politik, schließlich auch der Wissenschaft. Aber das Bedürfnis nach einer Weltsprache blieb. Als das Lateinische aufhörte, Verkehrssprache der Gebildeten zu sein, trat die Sprache Frankreichs, des stärksten und glänzendsten Staates Europas, der vorbildlich für alle anderen wurde, an seine Stelle.

Mit dem Sturze Napoleons hörte die beherrschende Stellung Frankreichs wie die seiner Sprache auf. Oder vielmehr neben ihr eroberten sich noch zwei andere Sprachen die Weltstellung, das Englische, dank der überragenden ökonomischen Stellung Englands im vorigen Jahrhundert, sowie das Deutsche, die Sprache des Volkes der Dichter und Denker, und in Ost-europa auch der Händler.

Das Bedürfnis nach einer einzigen Weltsprache, die alle Gebildeten vereinigt, ihren Verkehr untereinander ohne weiteres ermöglicht, macht sich dabei immer wieder geltend. Da ein Vorrang einer Sprache heutzutage nicht bloß eine Wirkung der überragenden Stellung der Nation darstellt, die sie

spricht, sondern auch seinerseits wieder diesen Vorrang befestigt und verstärkt, so begegnet jeder Versuch, eine der bestehenden Sprachen zur Weltsprache zu erheben, erheblichen Widerständen. Daher das Streben, eine neutrale, künstliche Weltsprache zu schaffen.

Welches immer das Schlussergebnis dieser Bestrebungen sein mag, in einer sozialistischen Gesellschaft hat die Erhebung einer schon bestehenden Sprache zur Weltsprache jedenfalls geringere Widerstände zu überwinden als heute. Und sie würde nun nicht bloß, wie das Lateinische, zur Sprache eines besonderen internationalen Kulturkreises, des Kreises der lateinischen Christenheit, sondern zur Sprache der gesamten Welt. Gleichzeitig würde sie, was noch wichtiger, nicht bloß zur Sprache einer kleinen Rasse, sondern zu einer Sprache, die überall von der gesamten Volksmasse verstanden würde, weil diese insgesamt höherer Bildung teilhaftig wäre.

Sind wir soweit, dann kann sich jedermann überall, wo immer er hinkommen mag, mit der Bevölkerung verständigen, an ihren Arbeiten, ihren gesellschaftlichen und politischen Bestrebungen teilnehmen.

Dadurch gewinnt die Frage des Nationalstaats eine veränderte Bedeutung. Diese Frage ist für das Proletariat nicht eine Frage nationaler Kultur — mit diesem vagen Wort verbindet sich kein bestimmter Begriff. Was die modernen Nationen scheidet, sind nicht die Besonderheiten ihrer Kultur, ist nur die Sprache. Und nur durch die Sprachenfrage wird der Nationalstaat für das Proletariat wichtig, weil es am politischen Leben und am Klassenkampf nur dort mit voller Kraft teilnehmen kann, wo die Sprache der Masse auch die Sprache der Gesetzgebung und der Behörden, und wo die Masse nicht sprachlich gespalten ist.

Selbst innerhalb einer proletarischen Organisation, wo jedes Herrschaftsverhältnis ausgeschlossen ist, fühlen sich diejenigen Proletarier benachteiligt, die nicht der in ihr üblichen Geschäftssprache mächtig sind. Man mag jeden in seiner Sprache reden lassen, aber wo er von der Mehrheit nicht verstanden wird, ist es ebensogut, wie wenn man ihm das Reden verböte.

Die arbeitenden Massen sind nun heute selten in der Lage, fremde Sprachen zu erlernen und zu bemeistern. Sie bleiben für ihre Aufklärung wie für die Geltendmachung ihrer Interessen auf ihre Muttersprache beschränkt.

Das kann für die Internationale noch einmal eine große Schwierigkeit werden. Schon der bisherige Modus der Verhandlungen ihrer Zusammenkünfte in den drei Weltsprachen mit Übersetzungen ist höchst schwerfällig. Es wäre schwer möglich, noch weitere Verhandlungssprachen hinzuzufügen. Bisher war das auch nicht so dringend nötig, solange die Hauptmasse der Teilnehmer sich aus dem angelsächsischen, romanischen und deutschen Sprachenkreis rekrutierte. Und doch waren bisher schon zahlreiche Genossen in der Teilnahme an den Verhandlungen der Internationale durch mangelnde Sprachkenntnisse behindert.

Bezeichnend ist folgender Zwischenfall vom Haager Kongress (1872), auf dem es äußerst lebhaft zuging. Einige der anwesenden Franzosen, namentlich aber die Spanier machten ununterbrochen Zwischenrufe und Ausführungen zur Geschäftsordnung, die alle zu übersetzen unmöglich war. Daraufhin brachte eine Reihe englischer Delegierter folgenden Protest ein:

Die unterzeichneten Mitglieder des Kongresses protestieren dagegen, daß die Mehrheit der Kongreßteilnehmer, die andere Sprachen sprechen, gänzlich die Rechte

jener Mitglieder mißachten, die bloß Englisch verstehen. Die Schwierigkeit, die an Unmöglichkeit grenzt, den Verhandlungen zu folgen und sich über eine Frage zu informieren, verurteilt unsere Delegation zur Nichtigkeit und macht unsere Anwesenheit zu einer Possé.

Wachsende Schwierigkeiten werden auftauchen, je weiter der Sozialismus von seinen ursprünglichen Hauptherden aus sich nach dem Osten verbreitet und je mehr er dort nicht bloß Intellektuelle, sondern auch die arbeitenden Massen ergreift. Die Genossen aus den Völkern Rußlands mögen uns nur einmal Arbeiter statt Intellektuelle zu den internationalen Kongressen schicken, und deren Arbeiten werden auf ganz erhebliche Hindernisse stoßen.

Alle Schwierigkeiten dieser Art hören völlig auf, sobald eine Weltsprache zur Sprache der Massen in der ganzen zivilisierten Welt wird.

Das bedeutet noch nicht, daß die anderen Sprachen verschwinden, nur ihre Funktionen ändern sich. Sie können zu der Weltsprache in ein ähnliches Verhältnis treten wie im Mittelalter die nationalen Sprachen zum Lateinischen oder wie heute die Dialekte zu den Schriftsprachen. So wie jene mögen sie fort dauern als Sprachen der Familie, des mündlichen lokalen Verkehrs und der schönen Literatur. Nur die Sprache, in der man von zartester Jugend an mit seiner Umgebung alle Eindrücke tauscht, gibt uns jene Kraft, jene Feinheit der Nuancen, jene Mannigfaltigkeit des Ausdrucks, deren man bedarf, wenn es gilt, nicht bloß abstrakte Begriffe zu entwickeln, sondern die ganze Fülle des konkreten Lebens widerzuspiegeln. Politik und Wissenschaft kann man auch in einer schulmäßig erlernten Sprache treiben, ein Kunstwerk in der Regel bloß in der Muttersprache schaffen. In diesen Funktionen werden sich die nationalen Sprachen wenigstens für absehbare Zeit noch lange erhalten. Im wirtschaftlichen Verkehr, der Wissenschaft, der Politik der Welt werden sie nicht bloß für eine dünne Schicht von Gebildeten wie bisher, sondern für die Volksmassen durch eine Weltsprache ersetzt werden.

Damit hören jene Bedingungen auf, die bewirken, daß heute der Nationalstaat oder doch mindestens nationale Autonomie im Nationalitätenstaat zum Funktionieren der Demokratie unerlässlich ist. Der Nationalstaat ist dann für die Demokratie ebensowenig notwendig, als sie heute etwa einen plattdeutschen Staat erheischt. Die Abgrenzung der Verwaltungsbezirke des gesellschaftlichen Organismus kann dann, wo Rücksichten der Zweckmäßigkeit es erheischen, ganz unabhängig von den Sprachgrenzen erfolgen, ohne Gefährdung oder Beeinträchtigung irgendeines Interesses.

Das wahre Weltbürgertum beginnt damit, die letzten Scheidelinien zwischen den Nationen fallen, nicht nur der kriegerische Austrag nationaler Gegensätze verschwindet, sondern schließlich auch die letzte Spur dieser selbst.

Es mag manchem von uns sonderbar erscheinen, jetzt, inmitten des Wütens des Weltenbrandes von ewigem Frieden zu reden; und jetzt vom Sozialismus, wo es scheint, als hätte der Kapitalismus sich von neuem befestigt und stehe kräftiger da als je; wo marxistische Theoretiker die Notwendigkeit des Imperialismus, das heißt des Kapitalismus proklamieren. Aber gerade jetzt scheint es uns besonders notwendig, die Augen über das Nächstliegende hinweg auf einen weiteren Horizont zu lenken, und dort sehen wir den Kapitalismus keineswegs so fest verankert, wie manche unserer bisherigen Freunde annehmen.

Daß der ausbrechende Krieg die Revolution bringen werde, habe ich ebensowenig wie Nebel je erwartet, und wir beide waren stets bestrebt, von unserer Partei jede Verpflichtung auf revolutionäres Tun beim Kriegsausbruch fernzuhaltten, weil wir der Überzeugung waren, eine solche Verpflichtung könne doch nicht innegehalten werden.

Schon im Juni 1907, vor dem Stuttgarter Internationalen Kongreß, entwickelte ich diesen Gedanken in der Vorrede zu meiner Broschüre »Patriotismus und Sozialdemokratie«, wo ich darlegte, daß wir, solange uns die Kraft fehle, die politische Macht im Frieden an uns zu reißen, auch nicht den Krieg zu hindern vermöchten. Der Versuch dazu wäre die sichere Niederlage. Diese Aussicht brauche uns nicht zu entmutigen, wenn wir nur unseren oppositionellen Grundsätzen treu blieben. Dann müsse im Laufe des Krieges das Vertrauen der Massen zu uns steigen:

Je länger der Krieg dauert, desto mehr werden die Massen auf uns hören, desto mehr muß unser politisches Ansehen und unsere politische Kraft zunehmen. Dann, am Ende des Krieges, können wir auf große Erfolge rechnen.

Nie sind Regierungen stärker wie beim Ausbruch eines Krieges, und ich entfinne mich keines Beispiels in der Geschichte, daß eine Kriegserklärung mit einer Insurrektion im eigenen Lande beantwortet worden wäre. Selbst das bankrotte französische Kaiserreich 1870 und ebenso der Zar 1904 begegnete keinem Widerstand bei der Eröffnung des Krieges. Dagegen gibt es seit einem Jahrhundert in Europa keinen großen Krieg, dessen Ende nicht auf der einen oder anderen Seite einen tiefgehenden Wechsel des politischen Systems nach sich gezogen hätte. Insofern, nicht wegen der direkten Ergebnisse, die den Kampfpfeil bildeten, sondern wegen der ferneren Konsequenzen kann man jeden großen europäischen Krieg seit hundert Jahren als Lokomotive der Weltgeschichte bezeichnen. Ja, diese Lokomotive fährt mitunter gerade dann am raschesten, wenn die direkten Ergebnisse des Krieges am geringsten sind und außer allem Verhältnis stehen zu seinen Opfern.

Ist die Gefahr beschworen, die dem Lande von außen droht, der Friedenszustand hergestellt, der Druck des äußeren Feindes gewichen, dann entbrennen die inneren Kämpfe mit um so größerer Energie, je mehr alle kritische Regung während des Kriegeszustandes gehemmt war, je enger die oppositionellen Kräfte eingedämmt, je höher sie aufgestaut wurden. Der Friedenszustand kann dann gleich einem Dammbrech wirken.

Am ehesten ist das zu erwarten in Rußland, dessen Regierung sich schon vor dem Kriege in labilem Gleichgewicht befand und die im Kriege die größten Niederlagen erlitten, dabei jede Kritik aufs engste eingeschnürt hat.

Noch können wir nicht wissen, welche Formen der drohende Zusammenbruch des Zarismus annehmen wird. Das einzige, was man über die Formen einer kommenden Revolution mit Sicherheit aussagen kann, ist, daß sie anders aussehen wird als ihre Vorgänger. Das muß so sein, denn jede Revolution befreit die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, durch die sie erzeugt wurde, und macht es damit unmöglich, daß die folgende ihr gleich, da diese aus veränderten Bedingungen hervorgeht. Trotzdem stellen sich Revolutionäre wie Reaktionäre eine kommende Revolution immer nach dem Muster der vergangenen vor und richten danach ihre Taktik ein, nicht zum Vorteil der Entwicklung. Freilich kann man nur aus der Erfahrung

lernen, aber die Erfahrungen der früheren Revolutionen sind nur ein Stück des Komplexes von Erfahrungstafeln, aus denen wir zu lernen haben. Wir müssen stets danach trachten, die Erfahrungen der ganzen bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung und des heutigen Zustandes der Gesellschaft unserem Tun zugrunde zu legen. Da es aber keinem Sterblichen gegeben ist, diesen »Universalzusammenhang« zu erschöpfen, ist es unmöglich, Bestimmtes über kommende Formen eines politischen Systemwechsels zu sagen.

Es ist demnach heute unmöglich, zu wissen, welche Formen der kommende Zusammenbruch des Zarentums annehmen wird. Sicher nur, daß sie anders aussehen werden als die von 1905. Und es ist zu erwarten, er werde ganz Europa noch tiefer bewegen als der letzte. Damals genügte er, alle nationalen Unterschiede und Gegensätze verschwinden zu machen. Diese, die heute so tief, so selbstverständlich, so unverlöschlich erscheinen, waren 1905 völlig ausgelöscht, ganz Europa in zwei internationale Lager gespalten, ein konservatives und ein revolutionäres. Auf die Nachbarländer Rußlands, namentlich auf Österreich und die Balkanstaaten waren die Wirkungen ungeheuer.

Die Genossen Pernerstorfer und Leuthner sagen nicht nur der russischen Regierung, sondern auch dem russischen Volke den Krieg an und wollen es von Europa abgeschnitten und nach Asien verbannt wissen, da es der westlichen Kultur nur Unheil bringe. Und doch wurde der größte Fortschritt Österreichs, die letzte Wahlreform, unter dem Drucke der russischen Revolution durchgeführt. Ohne die Erhebung des russischen Volkes wären die grimmigen Ankläger des russischen »Volksimperialismus« kaum zu ihren jetzigen Reichsratsmandaten gekommen.

Rußland ist heute nicht mehr bloß das Land des Despotismus, gegen das Marx und Engels ehemals den Krieg forderten, sondern das Land der Revolution.

Können wir noch nicht wissen, welche Formen die kommende Erhebung des russischen Volkes annehmen wird, so ist doch nicht daran zu zweifeln, sie werde im westlichen Europa einen gewaltigen Widerhall finden. Und dieser muß praktisch weit wirksamer werden als vor einem Jahrzehnt.

Wie immer der Krieg ausgehen mag, daß er Europa im tiefsten Elend zurücklassen wird, steht fest. Der Produktionsprozeß wird in tiefster Zerrüttung sein, es werden ihm die Kapitalien mangeln sowie die für den Fortgang der Produktion unerläßliche Proportionalität der einzelnen Produktionszweige. Teuerung und Arbeitslosigkeit werden die proletarischen Massen bedrängen, die enorm anschwellen durch die Vernichtung zahlloser Kleinbetriebe in Handel und Industrie. Dabei gewinnt der Notstand greifbaren politischen Ausdruck in den neuen Steuern, die einer Verdoppelung oder Verdreifachung der bisherigen gleichkommen. Deren aufrüttelnde politische Wirkung wird noch riesenhaft gesteigert, wenn der Friedenszustand eine Ara neuen Wehrüstens bringt, dessen Grundlagen und Kosten sich durch die Ergebnisse und Erfahrungen dieses Krieges ins Ungemessene über den Zustand vor dem Kriege hinaus erheben müssen.

Die Tendenzen des Kapitalismus zur Verelendung des Proletariats, die in den letzten Jahrzehnten zeitweise überwunden schienen, werden sich dann mit derselben furchtbaren Wucht geltend machen, die sie vor einem Jahrhundert nach dem Abschluß des Weltkrieges in England erreichten.

Aber wie ganz anders steht heute das Proletariat da als damals! Aus regellosen Verzweiflungsausbrüchen gegen einzelne Objekte, die den Besitz von Kapitalisten bildeten, aus wilden Maschinenzerstörungen und Brandstiftungen ist eine gewaltige, fest geordnete Bewegung geworden, auf deren Zustimmung zur Kriegspolitik die Regierungen jetzt überall den höchsten Wert legen. Man kann über das Ergebnis des Zusammenwirkens der Regierung und Arbeiterbewegung denken wie man will, als Symptom der Macht der letzteren ist es ein außerordentliches Ereignis. Das Zusammenwirken wird nirgends den Krieg überdauern können, das Bewußtsein der Macht wird den Massen bleiben, auch den bisher verschüchterten Teilen unter ihnen. Und gleichzeitig muß der Ruin des Mittelstandes ihnen gewaltigen Zuzug bringen, der es an Erbitterung nicht fehlen lassen wird. Die Schichten, die bisher die festeste Schutzwehr des Bestehenden waren, werden am entschiedensten nach seiner Überwindung verlangen, das ihnen unerträglich geworden ist.

Wachsen so die subjektiven, das heißt die in den Köpfen der Menschen wirkenden Bedingungen, die nach dem Sozialismus drängen, so nicht minder die objektiven, in den Dingen und Verhältnissen liegenden, die seine Verwirklichung ermöglichen, auf die schon Eckstein in seinem Artikel über Krieg und Sozialismus hingewiesen.

Der Großbetrieb wird in der Industrie mehr überwiegen als je und gleichzeitig die Herrschaft der Banken über die Industrie zu einer unumschränkten werden. Die Verwirrung des Produktionsprozesses wird dabei aber eine so hochgradige sein, daß seine Regelung durch Regierungen, Banken und Gemeinden unerläßlich wird.

Das kann nicht geschehen ohne Aufwendung großer Mittel, die das Gemeinwesen aufzubringen hat, die aber verwendet werden zur Rettung des Kapitalprofits.

Dann werden gewaltige Kämpfe entbrennen darüber, ob diese Mittel den Kapitalismus sichern und in einen Industrie feudalismus verwandeln sollen oder ob die staatliche Regelung der Produktion statt dem Kapital dem Proletariat dienen, also eine sozialistische sein soll.

Diese Kämpfe werden gipfeln in dem Kampf um die politische Macht. Siegt dabei das Proletariat, so ist der Sozialismus in greifbare Nähe gerückt.

Solche Ausblicke sind es, die wir heute dem Proletariat zu eröffnen haben. So kühn sie sind, sie sind weit weniger illusionär als die des bürgerlichen Zukunftsstaats der mitteleuropäischen Schützengrabengemeinschaft, für die jetzt eine Reihe von Sozialisten die arbeitenden Klassen zu begeistern sucht.

Die Idee Mitteleuropas wird getragen von der Überzeugung, daß der kommende Friede nur ein Waffenstillstand sein kann, in dem es gilt, sich für den nächsten Krieg zu rüsten.

Dieser Idee setzen wir entgegen die Idee eines Friedens, der Freundschaft und freien Verkehr mit allen Völkern ermöglicht. Wir setzen ihr entgegen die Idee des Kampfes um den Sozialismus, der uns den ewigen Frieden verbürgt.